

Politische Entwicklung im nachsowjetischen Mittelasien: der Machtkampf in Tadschikistan 1989-1994

Buschkow, Walentin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Buschkow, W. (1995). *Politische Entwicklung im nachsowjetischen Mittelasien: der Machtkampf in Tadschikistan 1989-1994*. (Berichte / BIOst, 4-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49063>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung	
.....	
3	
Tadschikistans Weg in den Bürgerkrieg	
.....	
7	
Die Anfänge der Eigenstaatlichkeit	
.....	
8	
Die Entwicklung des tadschikischen Bürgerkriegs	
.....	
13	
Die "tadschikische Revolution"	13
Die Regierung der nationalen Versöhnung und die Verschärfung des Bürgerkrieges	
.....	
21	
Tadschikistan unter der Regierung Emomali Rachmonows	
.....	
26	
Entwicklungen 1994	
.....	
32	
Ausblick	
.....	
37	
Summary	

.....
38

21. Dezember 1994

Valentin Buschkow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Anthropologie und Ethnologie der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Redaktion: Uwe Halbach und Dieter Heinzig

Übersetzung: Johann Matern und Uwe Halbach

Walentin Buschkow

Politische Entwicklung im nachsowjetischen Mittelasien: Der Machtkampf in Tadschikistan 1989-1994

Bericht des BIOst Nr. 4/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der Bürgerkrieg in Tadschikistan ist der opferreichste Konflikt auf dem Territorium der GUS und bedroht aufgrund seiner Berührung mit dem Kriegsgeschehen in Afghanistan und einem bereits weit fortgeschrittenen Zerfall Tadschikistans die gesamte zentralasiatische Region mit Destabilisierung. Die Konfliktentwicklung unterlag landesspezifischen Bedingungen, die sich dem europäischen Politikverständnis nicht gerade leicht erschließen, insbesondere einer starken Zergliederung der traditionellen tadschikischen Gesellschaft in lokale und regionale Fraktionen. Stereotype Kennzeichnungen des Konflikts in westlichen Medien, so etwa mit dem ideologischen Kampf zwischen "Exkommunisten" und "Islamisten", verriet die Hilflosigkeit der Versuche von außen, die Entwicklungen in Tadschikistan zu beurteilen. Walentin Buschkow, ein durch zahlreiche Artikel ausgewiesener Tadschikistanexperte vom Akademie-Institut für Anthropologie und Ethnologie in Moskau, hat in einem früheren Bericht des BIOst die soziokulturellen Bedingungen der Krise in Tadschikistan dargelegt. In dem vorliegenden Bericht schildert er die Entwicklung der innertadschikischen Machtkämpfe von 1991 bis Oktober 1994. War der erste Bericht auf die Analyse der gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen Tadschikistans ausgerichtet, so konzentriert sich dieser Bericht auf den innenpolitischen Machtkampf, die Periodisierung der Konfliktentwicklung und ihren Ereignisverlauf, der aus russischen publizistischen Quellen und aus den persönlichen Landeskenntnissen des Autors heraus rekonstruiert wird.

Ergebnisse

1. Der Bürgerkrieg in Tadschikistan brach 1992 aus und wurde nach der Etablierung der Regierung unter dem Staatsoberhaupt Emomali Rachmonow im Herbst 1992 offiziell für beendet erklärt. In Wirklichkeit ziehen sich Kampfhandlungen zwischen der Regierung und den bewaffneten Kräften der Opposition bis in die Gegenwart hin. Der Komplex fortge-

setzter Konflikte ist durch folgende Merkmale charakterisiert: die Bekämpfung einer bewaffneten, laut Darstellung des Regimes "unversöhnlichen" Opposition durch eine "rechtmäßige" Regierung, die von der GUS, insbesondere von Rußland und Usbekistan, politisch und militärisch unterstützt wird; einen erbitterten Machtkampf hinter den Kulissen im Regierungslager, der sich in der Konkurrenz zwischen Clangruppierungen aus dem nördlichen Landesteil Chudschand und dem südlichen Landesteil Kuljab manifestiert; den Zusammenbruch und die Kriminalisierung der Wirtschaft sowie die Verschiebung der ethnischen Bevölkerungsstrukturen Tadschikistans durch Migration und Fluchtbewegungen, insbesondere durch die Auswanderung des russischsprachigen Bevölkerungsteils und die Vertreibung und Flucht von Tadschiken aus bestimmten Regionen, die mit der Opposition in Verbindung gebracht werden, nach Afghanistan, Rußland und in die zentralasiatischen Nachbarländer.

2. Die erste Phase der Konfliktentwicklung fällt mit dem Übergang Tadschikistans in die "Eigenstaatlichkeit" zusammen (1990-91). In ihr bildet sich auf der Regierungsseite eine auf die Souveränität der Republik ausgerichtete Gesetzgebung, die sich zum Beispiel in einem Sprachengesetz manifestiert, und auf der Gegenseite ein gegen die herrschende Bürokratie gerichtetes Spektrum informeller Bewegungen und "Parteien", das unterschiedliche "ideologische" Segmente umfaßt: die Demokratische Partei Tadschikistans (DPT) mit einem Konglomerat verschiedener "demokratischer" Losungen nach westlichem Muster, die Bewegung "Rastochez" (Wiedergeburt), die sich auf die sogenannte nationale Wiedergeburt konzentriert, eine Republikorganisation der Islamischen Partei der Wiedergeburt und eine Vielzahl von Klubs und Organisationen auf lokaler Grundlage. Diese buntscheckige Opposition mit den drei genannten Hauptgruppierungen wird in der Bürgerkriegsphase mit dem Schlagwort "Demo-Islamisten" markiert. Die Periode bis zum Sommer 1991 umfaßt im wesentlichen folgende Entwicklungen: die Entfaltung gesellschaftlicher Bewegungen sowohl säkularen als auch konfessionellen Charakters und die Formierung einer aktiven Opposition gegen die "kommunistische" Führung; die Versuche der Führung, gegen diese Herausforderung anzukämpfen und gleichzeitig einen souveränen tadschikischen Staat aufzubauen, in dem die alte Machtelite ihre führende Position behält.
3. Die zweite Phase entfällt auf die sogenannte "tadschikische Revolution". Ihre erste, noch relativ friedliche Etappe reicht vom September 1991 bis Mitte Mai 1992. Gemeinsame Demonstrationen der "demokratischen" und der "islamischen" Kräfte in Duschanbe führen zur Entmachtung des KP-Chefs Mahkamow und zur Rückkehr des 1985 entmachteten Nabijew an die Spitze der Republikführung. Ein anfängliches Übereinkommen zwischen der

Opposition und dem am 2. Dezember 1991 zum Präsidenten gewählten Nabijew weicht sehr bald einer verschärften Konfrontation zwischen dem Regierungs- und dem Oppositionslager. In der Regierung selber zeigen sich die für Tadschikistan typischen Bruchstellen zwischen lokalen Fraktionen, als der Parlamentschef Kendshajew den aus der Pamirregion stammenden Innenminister in beleidigendem Tonfall maßregelt und damit die Opposition der Pamirvölker und der Tadschiken aus der Pamirregion von Karategin verstärkt. In Duschanbe stehen sich feindliche Demonstrationen gegenüber: auf dem Schochidon-Platz (ehem. Leninplatz) demonstriert der "demokratisch-islamische Block", auf dem Ozodi-Platz versammeln sich die regierungsfreundlichen Kräfte, von einem "Komitee für den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung" herbeigerufen. Konfliktverschärfend kommt die Autonomiebestrebung Berg-Badachsans hinzu (das autonome Gebiet in der Osthälfte Tadschikistans mit seiner extrem niedrigen Bevölkerungsdichte und unterentwickelten Infrastruktur erhöhte im April 1992 seinen politischen Status zu dem einer autonomen Republik). Der Machtkampf zwischen Nabijew und der Opposition dreht sich um die Forderung nach dem Rücktritt Kendshajews. Er führt zu wachsender Militarisierung auf allen Seiten, besonders in den Südprowinzen Kuljab und Kurgan-Tepe. Zur Entschärfung wird eine "Regierung der nationalen Versöhnung" gebildet, in die Vertreter der Opposition aufgenommen werden. Die Koalition aus den alten Regierungs- und den Oppositionskräften kann jedoch keine "nationale Versöhnung" herbeiführen. Ihre Amtszeit umfaßt vielmehr die eigentliche Bürgerkriegsphase.

4. Die blutigste Etappe der Konfliktentwicklung umfaßt den Sommer und Herbst 1992 und endet am 10. Dezember mit der Eroberung der Hauptstadt durch eine "prokommunistische" Volksfront aus Kuljab. Sie ist von grausamen Kampfhandlungen vor allem im Süden des Landes, einer Machtkrise im Zentrum, schließlich der Machtübernahme durch die aus Kuljab stammenden Kräfte und die Verdrängung der alten Herrschaftselite aus Leninabad von den zentralen Machtpositionen gekennzeichnet. Gleichzeitig verschärft sich die Gefahr des territorialen Zerfalls Tadschikistans, da die Nordprovinz Leninabad die Beteiligung der Opposition an der Regierung nicht akzeptiert und mit Sezession droht.
5. Die Zeit nach dem Dezember 1992 und der Etablierung einer neuen Regierung mit dem Staatsoberhaupt Emomali Rachmonow ist aus der offiziellen Sicht Duschanbes eine Wiederaufbauphase nach der Beendigung des Bürgerkrieges. In Wirklichkeit gehen die Kämpfe in verschiedenen Landesteilen weiter. Das Regime erweist sich als unfähig und unwillig, mit der Opposition eine politische und nicht nur militärische Auseinandersetzung zu führen. 1993/94 kristallisieren sich schwer überschaubare

Machtkämpfe auf verschiedenen regionalen Konfliktachsen heraus. Der Konflikt zwischen der Regierung und der bewaffneten Opposition - regional zwischen Duschanbe und bestimmten Landesteilen wie Garm, Badachschan und anderen Teilen der Pamirregion anzusiedeln - überschneidet sich mit lokalen Konfliktmustern innerhalb der herrschenden Schicht, vor allem mit der Konkurrenz zwischen Kuljab und Leninabad.

Tadschikistans Weg in den Bürgerkrieg

Gegen Ende der achtziger Jahre wurde eine Krise der traditionellen tadschikischen Gesellschaft immer deutlicher. Sie ließ im dortigen gesellschaftlichen Bewußtsein die Überzeugung entstehen, daß nur ein Bruch mit Rußland die Bedingungen für eine "Wiedergeburt" Tadschikistans erfüllen könnte. Damit rückte auch in Tadschikistan die Frage der Eigenstaatlichkeit auf die Tagesordnung.

In den Jahren 1989-1991 hatte der Oberste Sowjet in Duschanbe eine Reihe von Gesetzen angenommen, die eine eigenständige Legislative hervorbrachten. Dazu gehörte auch das Sprachengesetz.¹ Dieser und andere Gesetzgebungsakte wurden zu wichtigen Faktoren, die sowohl die Entstehung des "tadschikischen Nationalismus" als auch andere politische Ereignisse der nachfolgenden Jahre beschleunigten. Diese Etappe gipfelte im Herbst 1991 in der "Erklärung über die staatliche Unabhängigkeit der tadschikischen Republik" durch den Obersten Sowjet in Duschanbe. Sie machte die Trennung von der UdSSR rechtskräftig.

Es begann die sogenannte "tadschikische Revolution". Ihre erste noch halbwegs friedliche Etappe kann vom 9. September 1991 bis zum 16. Mai 1992 angesetzt werden. In dieser Periode kam es zum definitiven Bruch zwischen der Regierung der Republik und den Oppositionskräften. Die Situation verschärfte sich besonders im Winter und Frühjahr 1992, als sich die Kundgebungen der Opposition und ihre Forderungen radikalisierten. Der Opposition gelang es teilweise, ihre Forderungen durchzusetzen. Am 11. Mai trat sie der sogenannten Regierung der nationalen Versöhnung bei. Aber die Situation war schon im Mai außer Kontrolle geraten, als die pro"kommunistischen" Kräfte aus dem Landesteil Kuljab in ihre Heimat zurückkehrten, um sich dort auf einen bewaffneten Kampf gegen die vereinten "islamischen" und "demokratischen" Oppositionskräfte vorzubereiten.

Es begann ein regelrechter Bürgerkrieg. Infolge der erbitterten Kampfhandlungen im Sommer 1992 in den südlichen Provinzen (Oblasti) Kurgan-Tjube und Kuljab, der allgemeinen wirtschaftlichen Krise und der Unfähigkeit des Präsidenten Nabijew, die Situation zu stabilisieren, kam es zu einer Machtkrise. Hinter den Kulissen begann ein verbissener Machtkampf zwischen den Vertretern der Clans aus Kuljab und Chudschand. Er endete auf der XVI. sogenannten "Versöhnungssitzung" des Obersten Sowjet Tadschikistans mit der Verdrängung der traditionellen Machtelite aus Chudschand von ihren Führungspositionen.²

Obwohl diese Sitzung offiziell das Anliegen zeigte, das Blutvergießen zu stoppen, nutzten die

¹ Zu dem Sprachengesetz und anderen legislativen Akten siehe: *Novye zakony Respubliki Tadžikistan*. Sbornik, c. 4, Dušanbe 1992, S. 69-78, c. 1, 1991, S. 35ff., c. 2, S. 26-39, c. 3, S. 118-136, c. 5, S. 39f.

Kräfte aus Chudschand und aus Kuljab die Atempause in Wirklichkeit zur Formierung von Volksfronten. Nun begann ein grausamer Terror gegen die Führer der Opposition und gegen die Einwohner von Regionen wie Karategin und Badachschan, die als Stützpunkte der Opposition galten. Die dritte Etappe des Bürgerkrieges begann.

Diesen Bürgerkrieg kennzeichnen folgende Merkmale:

- der Kampf gegen die bewaffnete Opposition im Namen einer "rechtmäßigen" Regierung;
- ein erbitterter Machtkampf hinter den Kulissen im Lager der Regierungskräfte aus den Landesteilen Chudschand und Kuljab; der drohende Separatismus Chudschands;
- der Zusammenbruch und die Kriminalisierung der Wirtschaft;
- die Beteiligung usbekischer und russischer Truppen an den Kampfhandlungen der Regierung;
- eine Verschiebung der ethno-demographischen Strukturen des Landes aufgrund der fluchtartigen Emigration der "russischsprachigen" Bevölkerung aus Tadschikistan und der Exilierung Zigtausender Tadschiken.

Nach längerem internationalen Druck auf die Regierung in Duschanbe wurden im April 1994 in Moskau Verhandlungen zwischen dem herrschenden Regime und der vereinten Opposition aufgenommen. Sie haben aber vor allem gezeigt, daß die Regierung nicht bereit ist, irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

Die Anfänge der Eigenstaatlichkeit

Die Krise der traditionellen tadschikischen Gesellschaft und der Zerfall der Sowjetunion brachte die Frage einer souveränen nationalen Staatlichkeit auf die Tagesordnung. In den Jahren 1989-1991 verabschiedete der Oberste Sowjet eine Reihe von Gesetzen zur Stützung der Republiksoveränität, unter ihnen auch das Sprachengesetz. Diese Gesetzgebungsakte legten den Grundstein für die Entstehung des "tadschikischen Nationalismus" und wirkten sich als Katalysator auf die nachfolgenden politischen Ereignisse aus.

Das Sprachengesetz wurde in Tadschikistan in einer verhältnismäßig liberalen Form angenommen. Es gewährte dem Russischen den Rechtsstatus einer Sprache der Verständigung zwischen den Nationalitäten neben der tadschikischen Staatssprache. Was den Sprachgebrauch im Alltag, im Berufsleben und in der Staatsverwaltung betraf, gewährte das Gesetz eine Reihe von Rechten. Aber schon die Tatsache, daß man von den Beschäftigten in Bereichen des öffentlichen Dienstes die Kenntnis der als "Farsi" (Persisch) oder "Dari" definierten tadschikischen Staatssprache verlangte, übte Druck auf die russischsprachige

² Die Provinz Leninabad bildet den nördlichen Landesteil Tadschikistans. Sie liegt im Ferganatal und ist sehr stark nach Usbekistan hin ausgerichtet. Seit Beginn einer eigenen tadschikischen Unionsrepublik (1929) stellten die Clans aus dieser Provinz den nichtrussischen Teil des Partei- und Staatspersonals in Tadschikistan.

Bevölkerung aus und wurde von ihr als eine Einschränkung ihrer sozialen und beruflichen Perspektive empfunden, denn nur 9,83% der "Russischsprachigen" (Russen, Ukrainer, Weißrussen, Deutsche u.a.) in Tadschikistan beherrschten eine zweite Sprache. Nur eine winzige Minderheit war des Tadschikischen mächtig.

Besonders schwer traf die russischsprachige Bevölkerung die Gesetzesbestimmung, daß in allen Fach- und Hochschulen der Republik der Unterricht in der Staatssprache abgehalten werden soll. Sie raubte dem größten Teil der nichttadschikischen Bevölkerung die Bildungs- und Zukunftsperspektive, denn wie in den übrigen Unionsrepubliken Mittelasiens beherrschte auch hier nur eine kleine Minderheit der Russischsprachigen die titulare Nationalsprache.¹

Die Ereignisse vom Februar 1990, d.h. die blutigen Zusammenstöße in Duschanbe, können zwar nicht als direkte Auswirkung des Sprachengesetzes betrachtet werden, aber sie waren doch Ausdruck der krisenhaften ethnischen, sozialen und politischen Prozesse in der Gesellschaft Tadschikistans.

Das Gesetz der Tadschikischen SSR vom 24. April 1990 "Über die Verantwortung für die Destabilisierung der gesellschaftspolitischen Lage in der Republik" richtete sich gegen die Entstehung interethnischer Konflikte im Alltagsleben, mußte aber die Tatsache anerkennen, daß sich die Probleme zwischen den Nationalitäten besonders nach den Ereignissen vom Februar 1990 verschärft hatten. Es wurde faktisch nicht zu einem geltenden Gesetz. Eine Entspannung oder auch nur eine äußerliche Stabilisierung der Situation in Tadschikistan vermochte es nicht zu bewirken.

Die im Frühling und Sommer 1990 unternommenen Versuche, nationale Integration durch den Aufbau einer politischen Struktur säkularer und demokratischer Orientierung auf den Weg zu bringen, endeten am 10. August mit der Tagung einer konstituierenden Versammlung in Duschanbe, auf der die Demokratische Partei Tadschikistans (DPT) gegründet wurde. Nach der Meinung ihrer Gründer sollte das Parteiprogramm der DPT den Weg zur Entstehung einer demokratischen Gesellschaft in Tadschikistan weisen.² In Wirklichkeit entstand ein Konglomerat verschiedener demokratischer Losungen nach "westlichem" Muster, die unverständlich und wenig überzeugend für die Bewohner eines orientalischen Landes waren. Im Mittelpunkt des Parteiprogramms stand unter dem Deckmantel "demokratischer" Losungen der "tadschikische Nationalismus". Wenn auch das Pathos des Parteiprogramms

¹ Während in der Ukraine und in Armenien über 30% der örtlichen Russen bei der letzten sowjetischen Volkszählung angaben, die Nationalsprache ihrer Heimatrepublik zu beherrschen, waren es in Kasachstan 0,9%, in Kirgistan 1,2%, in Turkmenien 2,5%, in Tadschikistan 3,5% und in Usbekistan 4,5%. Siehe Roland Löttsch, Sowjetische Nationalitätenpolitik, in: Lothar Hertzfeld (Hrsg.), Die Sowjetunion. Zerfall eines Imperiums. Frankfurt 1992, S. 67-101, hier S. 91.

² "Programma i Ustav DPT", in: Adolat, Nr. 1, Sept. 1990.

sehr stark auf die Forderung nach Überwindung des totalitären Staates gerichtet war, machte das Dokument doch deutlich, daß das Hauptziel der DPT die Separation der Republik von der UdSSR war. Allenfalls war man noch bereit, Tadschikistan in eine postsowjetische Konföderation auf dem Territorium der alten UdSSR unter der Voraussetzung einzubeziehen, daß ihm essentielle ökonomische und finanzielle Vorteile gewährt würden.

Obwohl die Autoren die Fehlentwicklungen und die verzerrten Strukturen in der Wirtschaft, vor allem in der Industrie, richtig erkannten, hatten sie nur vage Vorstellung von deren Ursachen und von den Wegen und Zielen einer reformorientierten Wirtschaftspolitik. Vor allem aber verkannten sie die wirkliche sozial-ökonomische Lage in der Republik und besonders die Tatsache, daß Tadschikistan jahrzehntelang auf staatliche Subventionen angewiesen und unfähig war, sich selber mit lebenswichtigen Produkten zu versorgen.

Das Statut der DPT stellte eine merkwürdige Mischung aus dem Statut der KPdSU und den Prinzipien islamischer Organisationsstrukturen dar, die später im Statut der Islamischen Partei der Wiedergeburt Tadschikistans (IPWT) formuliert wurden.

Die logische Schlußfolgerung dieser gesellschaftlichen Prozesse war die Deklaration "Über die staatliche Souveränität der Tadschikischen SSR", die am 24. August 1990 auf der zweiten Sitzung des Obersten Sowjet in Duschanbe angenommen wurde. Obwohl im Text der Deklaration die alte Unionsrhetorik zur Anwendung kam, war doch der Sinn dieses Dokuments der Vorbehalt der Eigenstaatlichkeit. Im Punkt 7 dieser Deklaration heißt es: "Die Tadschikische SSR behält sich das Recht auf den freiwilligen Austritt aus der UdSSR auf der Grundlage des Unionsvertrags und der darauf aufgebauten Gesetzgebung vor." Den letzten Teil dieses Satzes könnte man allerdings eher als einen Tribut an die sowjetische Tradition bezeichnen, da es bekanntlich keine gesetzmäßigen Regelungen für einen Austritt aus der Union gab.

Durch die Forderung nach der Priorität der Republikgesetzgebung vor der Unionslegislation entstand im Bewußtsein der Gesellschaft ein Rechtsvakuum, so daß sich die Deklaration möglicherweise destabilisierend auf den Zustand der Gesellschaft auswirkte. Man konnte diesen Zustand als eine Absage an die bisherige offizielle Gesetzgebung empfinden. Im Alltag der tadschikischen Gesellschaft herrschte traditionell die Meinung vor, daß die weltliche, d.h. die von Moskau propagierte, Gesetzgebung den traditionellen Rechtsinstitutionen, dem islamischen Rechtsgebäude der Scharia und dem Gewohnheitsrecht (adat) nicht entspricht. Allerdings waren auch diese Rechtssysteme nach dem jahrzehntelangen Kampf der staatlichen Behörden gegen den Islam und seine Geistlichkeit den breiten Massen der Muslime weitgehend unbekannt.

Nun wurde eine Reihe staatsrechtlicher Dokumente veröffentlicht, als erstes das Gesetz "Über die Gewissensfreiheit und die religiösen Organisationen" vom 8. Dezember 1990. Obwohl es

auch schon früher im Rahmen der Unionsgesetzgebung Gesetze gab, die diese Sphäre der menschlichen Existenz regelten, gestattete dieses Gesetz in seinem Artikel 3 nunmehr nicht nur die persönliche, sondern auch die gemeinschaftliche Ausübung der Religion. Es erlaubte die Propagierung religiöser Überzeugungen und hinderte Eltern nicht mehr daran, ihren Kindern eine religiöse Erziehung zu geben.

Das Gesetz öffnete den Weg für die Legalisierung der islamischen Lehre und Organisation, gab einen gewaltigen Anstoß für die Restauration oder den Neubau von Moscheen, Medressen und anderen Kultstätten und für die Eröffnung vieler Religionsschulen.

Allein 1991 wurden nach der Inkraftsetzung des Gesetzes über die Gewissensfreiheit mehr als 10 Medressen (mit dem Status von Fachhochschulen) in Kuljab, Chudschand, Kumsangir, Kuktasch, Kobadijan, Garm, Tschorku, Ujaly, Pendschikent, Ura-Tjube geöffnet. In der gleichen Periode wurden 22 Hauptmoscheen (Freitagsmoscheen) in der Region Kurgan-Tjube, zehn in der Region Kuljab, 33 in der Region Leninabad (Chudschand) und 56 in den der Republik unterstellten Rayons registriert. 1991 brachten diese Moscheen hohe Spendensummen für den Unterhalt des Kadiats, der geistlichen Verwaltung der Muslime in Tadschikistan, auf, insgesamt 557.309 Rbl.¹ Schon Ende 1992 standen in der Republik offiziell mehr als 130 Haupt- und fast 2.000 Stadtviertelmoscheen den Gläubigen offen. Das Kadiat gab für ihre Errichtung 786.650 Rbl aus.² In der Architektur der neuen Moscheen ist der iranische Einfluß nicht zu übersehen.

Das Gesetz enthielt Widersprüche. So erlangten trotz der in ihm deklarierten Trennung zwischen Kirche und Schulwesen (Art. 5, 6) islamische Organisationen und Bürger, die an mittleren und höheren religiösen Fach- und Hochschulen studierten, eine Reihe staatlich garantierter Rechte und Privilegien. Da wurden z.B. die Studienjahre als Berufsjahre anerkannt. Der einzige grundsätzliche Vorbehalt des Gesetzes bestand in dem Verbot der Gründung und Tätigkeit religiöser Parteien (Art. 7), das noch einmal in dem Gesetz "Über gesellschaftliche Vereinigungen" vom 12. Dezember 1990 bekräftigt wurde. Der Artikel 2 dieses Gesetzes wies nochmals darauf hin, daß sich das Verbot nicht auf rein konfessionelle Organisationen erstreckt.

Der Artikel 4 dieses Gesetzes bekräftigte das Verbot über die Gründung und Tätigkeit "gesellschaftlicher Vereinigungen, die eine gewaltsame Veränderung der Verfassungsordnung oder eine Verletzung der territorialen Integrität der UdSSR oder Tadschikistans beabsichtigen, die Krieg, Gewalt, Grausamkeit und Völkerhaß propagieren". Dieses Gesetz untersagte auch die

¹ Davon spendeten: die Region Kuljab 13.889 Rbl, die Region Kurgan-Tjubinsk 74.574 Rbl, die Region Leninabad 348.085 Rbl, die republikanischen Rajons 120.761 Rbl.

² Tekušëee deloproizvodstvo Kazijata za 1991-1992 gg., Du□anbe 1993.

Gründung von "gesellschaftlichen paramilitärischen Vereinigungen und Militärformationen".

Zweifelloso sollten die Gesetze vom 8. und 12. Dezember mit ihren Verbotsbestimmungen über religiös-politische Organisationen die juristische Grundlage für ein Vorgehen gegen die Islamischen Partei der Wiedergeburt (IPW) schaffen, die sich damals organisierte und am 6. Oktober 1990 gegen den Widerstand der Regierung eine Gründungsversammlung abhielt. Auf dieser Versammlung wurde die regionale tadschikische Organisation der Allunions-IPW ins Leben gerufen. Die gegen politische Parteien mit religiösem Hintergrund gerichteten Verbote zeigten deutlich, daß die Regierenden schon damals in der aufkommenden Islamischen Partei der Wiedergeburt in Tadschikistan (IPWT) einen mächtigen Gegner sahen, mit dem es wegen der Unvereinbarkeit der Ideologien keine Kompromisse geben würde.

Am 28. Juni 1991 wurde als ein weiterer legislativer Schritt zur Konsolidierung der Republik-souveränität das Gesetz "Über Staatsangehörigkeit der Tadschikischen SSR" angenommen. Es verkündete einige essentielle Bestimmungen. Es gewährte Personen, die ihren ständigen Wohnsitz in der Republik haben, und auch denjenigen, die nach Tadschikistan kommen und dort bleiben wollen, automatisch die Staatsbürgerschaft der Tadschikischen SSR. Außerdem deklarierte es die Gleichberechtigung aller Bürger unabhängig von ihrer Volkszugehörigkeit und anderen Kriterien. Eine doppelte Staatsangehörigkeit lehnte das Gesetz ab.

Am 29. Juni 1991 wurde ein ganzes Paket von Gesetzen verabschiedet, darunter zwei besonders wichtige Gesetze. Das erste lautete: "Über den Schutz der Ehre und Würde des Präsidenten der Tadschikischen SSR". Dieses Gesetz stand zwar im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines analogen Unionsgesetzes, wurde aber zweifellos auch dadurch angeregt, daß sich in Tadschikistan nun verstärkt gesellschaftliche Kräfte regten, die Druck auf die höchsten Staatsorgane auszuüben versuchten und von diesen als eine Gefahr wahrgenommen wurden.

Das zweite war das Gesetz "Über die Regelung bei der Organisation und Durchführung von Versammlungen, Meetings und Demonstrationen und die Verantwortung für diesbezügliche Ordnungsverletzungen". Es hatte seinem Inhalt nach eine gewöhnliche Regelungs- und Verbotsfunktion. Wichtig an diesem Gesetz war die Tatsache, daß es Kontakte zwischen den Behörden und informellen Organisationen vorsah. Das war wohl eine verdeckte Anerkennung jener Realitäten, die sich im gesellschaftlichen Leben in letzter Zeit entwickelt hatten, denn das Gesetz vom 12. Dezember 1990 über gesellschaftliche Organisationen hatte den informellen Bewegungen noch keine gesellschaftliche Tätigkeit zuerkannt.

Die Ereignisse vom August 1991, bei denen der Präsident Tadschikistans Mahkamow eine an Sympathie mit dem Notstandskomitee (GKCP) in Moskau grenzende Zurückhaltung bewies, trugen wesentlich zur Aktivierung der politischen Bewegung in der Republik bei. Am 9. September 1991 wurde auf der außerordentlichen Sitzung des Obersten Sowjet der Republik Ta-

dschikistan - wie sich die SSR von da an nannte - die Erklärung staatlicher Unabhängigkeit ("Über die staatliche Unabhängigkeit der Republik Tadschikistan") verkündet. Dies war eine logische Schlußfolgerung aus den gesellschaftspolitischen Prozessen in Tadschikistan, die ja mit denen auf der Unionsebene eng verbunden waren. Mit diesem Schritt hatte das politische Establishment Tadschikistans die juristische Abtrennung von der UdSSR vollzogen, damit aber auch "den Geist aus der Flasche" gelassen und den Weg zur radikalen Politisierung geöffnet. Der 9. September wurde vom Obersten Sowjet zum Nationalfeiertag erklärt.

Somit umfaßte die Periode von 1989 bis zum August 1991 in Tadschikistan folgende grundlegende Prozesse:

- die Entwicklung einer breiten gesellschaftlichen Bewegung, sowohl weltlichen wie konfessionellen Charakters, die den Anstoß zur Entstehung einer Reihe von Bewegungen und Parteien gab und sich danach zu einer aktiven Opposition gegen die "kommunistische" Führung formierte;
- die Versuche der "kommunistischen" Führung, gegen diese Prozesse anzukämpfen und einen souveränen tadschikischen Staat aufzubauen, in dem die Elite ihre führenden Positionen behalten und Rechtsgrundlagen schaffen wollte, die es ermöglichen sollten, jegliche Opposition, die dem Staat gefährlich werden könnte, unter Kontrolle zu halten.

Dabei konnte die Regierung immer weniger mit einer Unterstützung durch das total gelähmte sowjetische Zentrum rechnen und schaffte es aus eigener Kraft nicht, die drohende Gefahr abzuwehren.

Die Entwicklung des tadschikischen Bürgerkriegs

Die "tadschikische Revolution"

Eine erste, noch friedliche Etappe reicht vom 9. September 1991 bis Mitte Mai 1992. Sie ist durch die sich verschärfende Konfrontation zwischen der Führung der Republik und den Oppositionskräften gekennzeichnet. Das Verhalten Mahkamows gegenüber dem Augustputsch in Moskau schien die Oppositionskräfte in der Republik zu legitimieren, was die Anfechtung der bestehenden Partei- und Staatsorgane betraf. In diesem Zusammenstoß manifestierte sich auch ein Konflikt zwischen dem säkularen Staatswesen und der muslimischen tadschikischen Gesellschaft. Das Ergebnis der gemeinsamen Kundgebungen der "demokratischen" und der islamischen Kräfte in Duschanbe war die Entmachtung Mahkamows und die Rückkehr Nabijews, der zum Präsidenten des unabhängigen Tadschikistan wurde. Dabei wurde zwischen Nabijew und den vereinigten Oppositionskräften ein Abkommen geschlossen, in dem sich Nabijew verpflichtete, die Führer der Opposition nicht zu verfolgen, was übrigens im Widerspruch zu den geltenden Rechtsgrundlagen stand. Die Opposition versprach als Gegenleistung, im Rahmen des Gesetzes zu handeln. Da sich aber in der Führung der Republik real nichts

geändert hatte, behielt sich die Opposition das Recht auf Kritik an der Regierung vor. Eines der wichtigsten Ereignisse des Herbstes 1991 war die Gründung und Registrierung der IPWT. Sie brachte den Prozeß der Politisierung der tadschikischen Gesellschaft zum Abschluß.

Auf dem ersten Parteitag am 26. Oktober in Duschanbe gab sich die IPWT ein Parteiprogramm und ein Parteistatut und wählte ihre Führung. Das Parteiprogramm bestand aus einer Einführung und dem eigentlichen Programm mit den folgenden Abschnitten und Themen: Ökonomie, Wissenschaft und Kultur, Ideologie, soziale Sphäre, Gesundheitswesen, Ökologie und Umweltschutz sowie aus einer Schlußfolgerung.¹

Insgesamt trug das Programm mit seiner offen antikommunistischen Ausrichtung einen ausgesprochen emotionalen, tendenziösen und eklektischen Charakter. Es enthielt zum Beispiel die Beschuldigung, daß das kommunistische Zentrum in Moskau eine gezielte Politik zur Verhinderung der Ausbildung von Fachleuten der einheimischen Nationalität durchgeführt habe. Dies war eine besonders tückische Behauptung, da es bekanntlich in der Republik pro Kopf der Bevölkerung mehr Hochschulabsolventen tadschikischer als russischer Herkunft gab. Tatsache war allerdings, daß tadschikische Fachkräfte in der Industriebranche fehlten. Dies hatte aber nichts mit der "verbrecherischen" Politik Moskaus zu tun, sondern mit dem Unwillen der einheimischen Bevölkerung, sich in industrielle Lebensbereiche zu begeben und ihre Lebensweise zu ändern.² Wiederholte Versuche, in der Republik eine Massenausbildung einheimischer Industriekräfte zu bewerkstelligen, waren kläglich gescheitert. Daß 1993 nur sieben Prozent der

¹ Programma i Ustav IPVT: perevod s mašinopisnogo ekzempljara.

² Dieser Unwille hing auch damit zusammen, daß in der Industrie weniger zusätzliche, "schattenwirtschaftliche" Einkommen zu beziehen waren als in der Landwirtschaft.

tadschikischen Aspiranten technische Fächer und beinahe 50 Prozent Gesellschaftswissenschaften studierten, verdeutlicht diese Tatsache.

So basierten die grundsätzlichen Behauptungen des Parteiprogramms der IPWT überwiegend auf Losungen und mißachteten die objektiven geschichtlichen Realitäten. Nehmen wir zum Beispiel die Behauptung, daß die IPWT gegen Monopolismus, Spekulantentum und Wucher auftrete. Dabei ist weithin bekannt, daß sogar in der privaten Agrarproduktion der Verkauf von Gütern durch Zwischenhändler, die den Markt kontrollieren, getätigt wird.¹ Die müßten nach der Auffassung der IPWT Monopolisten und Spekulanten sein. So befand sich zum Beispiel der gesamte Aprikosenhandel auf den Märkten Chudschands in den Händen eines Einwohners des Kischlak Voruch, einem Zentrum der Aprikosenherstellung, aus dem auch der jetzige Vorsteher (Imam-Chatib) der Hauptmoschee Chudschands stammt. Das Personal der Moschee besteht hauptsächlich aus Anhängern der IPWT.

Ähnlich populistisch und spekulativ war die Forderung der Partei, die Kolchosen und Sowchosen sofort aufzulösen und deren Boden den Bauern zu übergeben. Bei der äußersten Landarmut und der Überbevölkerung auf dem Land kann nur eine große, einheitlich organisierte und auf moderner Technologie, Arbeitsteilung und Spezialisierung basierende Landwirtschaft den Anforderungen des Marktes einigermaßen gerecht werden. Dagegen könnte die Übergabe des ganzen Bodens zu eigener Nutzung (was ja wohl nur heißen kann zum Avlod-Eigentum) die Gesellschaft sprengen. Dazu kommt noch die Forderung des Parteiprogramms, die Verwendung von chemischen und mineralischen Düngemitteln in der Landwirtschaft, ohne die diese Branche in Tadschikistan schon seit langem nicht mehr existieren kann, zu reduzieren.² Dabei stellte das Parteiprogramm der IPWT fest, daß in der Republik insgesamt eine Wirtschaft fehle, die das Überleben der Bevölkerung sicherstellen könne.

Eine Grundeinstellung dieses Parteiprogramms, durch die sich viele weitere Ereignisse erklären, zeigte sich darin, daß die IPWT mit ihrer Orientierung an der Scharia als dem grundlegenden Rechtssystem den Gehorsam gegenüber der säkularen Gesetzgebung gleichsam aufkündigte. Außerdem beschuldigte sie die "Kommunisten" der Bestrebung, "die nationalen Besonderheiten auszumerzen und eine neue internationale Gesellschaft zu schaffen". Auch dieser Punkt beweist die theoretische Hilflosigkeit der IPWT-Ideologen, die sich in ihren

¹ S.P. Poljakov, Tradicionalizm v sovremennom sredneaziatskom obščestve, M. 1989, S. 23-29.

² Das bestätigen die statistischen Angaben aus der Landwirtschaft. Sie verzeichnen z.B. eine Verringerung der Ernteerträge beim Getreide 1993 auf acht Zentner pro Hektar. Der durchschnittliche Ernteertrag in den vorangegangenen Jahren hatte bei 20-22 Zentnern pro Hektar gelegen. Die Reduzierung der Ernteerträge ist im Grunde darauf zurückzuführen, daß die Lieferung von Düngemitteln aus Rußland eingeschränkt und ihre Produktion in der Republik praktisch total eingestellt worden war.

Ansichten von einigen allgemeinen ideologischen Einstellungen leiten ließen und deshalb zu einer realistischen ökonomischen Analyse nicht fähig waren.

Zur Jahreswende 1991/92 war die Situation in Tadschikistan bereits äußerst angespannt. Die Regierung versuchte mit populistischen Maßnahmen, die von den Presse- und Funkmedien propagiert wurden, die Lage zu entspannen.

Am 2. Dezember 1991 legte Nabijew den Amtseid als Präsident ab. Anfang 1992 stellte sich ein labiles Gleichgewicht der politischen Kräfte ein, das jeden Augenblick zu kippen drohte. Die Führung der Republik suchte fieberhaft nach einem Vorwand, der es ihr gestatten würde, mit der Opposition auf eine rechtmäßige Weise Schluß zu machen. Was die Bewegungen "Rastochez", "Demokratische Partei Tadschikistans" (nachfolgend: DPT) und IPWT betraf, so strebten sie angeblich die Kooperation mit den Behörden an, nahmen aber zunehmend extremistische Positionen ein. Dazu haben die radikalen Ansichten einiger Führer beigetragen, vor allem die des Vorsitzenden der DPT, Schodmon Jussuf, ebenso die sorgfältig kaschierten Ambitionen des offiziellen Oberhauptes der tadschikischen Muslime, des Oberkadi Hadschi Akbar Turadshon-zoda. Dabei strebte die IPWT Ende 1991-Anfang 1992 offiziell keine eigenständige politische Rolle an und begründete diese Zurückhaltung damit, daß sie der Regierung Zeit für konstruktive Tätigkeiten einräumen wolle. Auf einer von "Rastochez" und der DPT organisierten Kundgebung in Duschanbe am 12. Januar 1992 war die IPWT nur in der Rolle eines Beobachters anwesend. Im März 1992 verschärfte sich die Konfrontation zwischen der Regierung und der Opposition. Nachdem die Anhänger Nabijews im Obersten Sowjet und in der Regierung auf den Präsidenten Druck ausgeübt hatten, ging dieser in die Offensive. Am 6. März wurde ein Anhänger des islamisch-demokratischen Blocks, der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Stadtsowjets von Duschanbe und Deputierte des Obersten Sowjet der Republik, Maksud Ikramow, verhaftet. Die Verhaftung wurde vom Parlament und auf einer Sondersitzung der Abgeordneten von Duschanbe gebilligt. Auf diese Weise hatte Präsident Nabijew faktisch das im Herbst 1991 mit der Opposition unterzeichnete Abkommen aufgekündigt.

Am 11. März wurde Mirbobo Mirrachimow, ein für seine extrem nationalistischen Ansichten bekannter Führer von "Rastochez" und Mitglied des nach den Ereignissen vom Februar 1990 gegründeten "Volkskomitees", "wegen Verleumdung des Vorsitzenden des Obersten Sowjet Tadschikistans, Safarali Kendschajew" von einem Gericht in Duschanbe zu zwei Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.

Daraufhin gab die Opposition Pressekonferenzen und organisierte am 22. März in der Hauptstadt eine Massendemonstration gegen die Repressalien der Regierung gegenüber demokratischen Kräften. Die Lage verschärfte sich merklich am 25. März. Auf einer vom Republikfern-

sehen übertragenen Sitzung des Obersten Sowjet beschuldigte Kendshajew den aus der Pamirregion stammenden Innenminister Navdshuvanow der Bestechung und Überschreitung seiner Vollmachten, und zwar in einem sehr beleidigenden Tonfall. Navdshuvanow seinerseits beschuldigte daraufhin Kendshajew der Diskriminierung der Pamirvölker und der Tadschiken aus der Pamirregion von Karategin.

Die Provokationen hatten ihre Wirkung. Am Morgen des 26. März versammelten sich vor der Residenz des Präsidenten auf dem Schochidon-Platz (ehem. Leninplatz) einige hundert Menschen, die zumeist aus dem Pamir stammten. In den nächsten Tagen nahm ihre Zahl ständig zu. Menschen aus anderen Regionen der Republik schlossen sich den Vertretern des Pamir an. Die Demonstranten stellten einige wichtige politische Forderungen an die Regierung: die Auflösung des bestehenden Obersten Sowjet und die Entlassung seines Vorsitzenden Kendshajew, die Annahme einer neuen Verfassung, die Durchführung von Parlamentswahlen auf einer Mehrparteiengrundlage und die Beendigung der Repressalien gegen die Opposition.

Am 1. April organisierte ein sogenanntes "Gesellschaftliches Komitee für den Schutz der Verfassungsordnung" auf dem Ozodi(Freiheits-)-Platz eine Gegendemonstration. Doch nach Beendigung der Fastenzeit des Ramadan bekamen die Anhänger des sogenannten "Islamisch-Demokratischen Blocks" Verstärkung von mehr als 50.000 Menschen aus ländlichen Gegenden.

Nabijew hatte mit einer derartigen Dynamik der regierungsfeindlichen Kräfte nicht gerechnet. Er sah sich nun zu einer Politik des Lavierens gezwungen, konnte er doch die Protestaktionen wegen der neutralen Haltung der Miliz nicht gewaltsam unterbinden. Deshalb stellte er gegenüber den Oppositionskräften einige Reformen in Aussicht, bemühte sich aber gleichzeitig, den ihm ergebenen Obersten Sowjet mitsamt seinem Vorsitzenden Kendshajew zu halten. Nabijew verlangte als Gegenleistung die sofortige Beendigung der Kundgebungen. Die Regierung ergriff gleichzeitig Maßnahmen mit dem Ziel, die Opposition zu offenen gesetzwidrigen Handlungen zu provozieren. So wurden einige Journalisten aus dem demokratischen Lager niedergeschlagen, das Stabsquartier der IPWT wurde überfallen, auf den Wagen eines Oppositionellen wurden Schüsse abgefeuert.

Auf der Gegenseite wurde die Lage durch extremistische Erklärungen des DPT-Führers Schodmon Jussuf verschärft, der damals damit drohte, daß eine Einmischung Rußlands in die Ereignisse in Tadschikistan für die in dem Land lebenden Russen katastrophale Folgen haben würde. Tatsächlich war die Lage Anfang April äußerst gespannt; es gingen Gerüchte um, daß Präsident Nabijew bereit sei, Kendshajew zu opfern. Damit begann die Krise auch innerhalb der Republikführung.

Zur gleichen Zeit, am 10. April 1992, verkündete der Sowjet des Autonomen Gebietes Berg-Badachschan die Gründung einer Autonomen Republik Pamir-Badachschan im territorialen

Bestand Tadschikistans. In den nächsten Tagen bekamen die Demonstranten auf dem Schochidon-Platz weitere Verstärkung aus jenen Kischlaks, in denen überwiegend Abkömmlinge der Karateginer Region leben. Der ländliche moslemische Klerus wurde sehr aktiv. Einige seiner Vertreter, wie der Mulla Kori Muchamadshon, hetzten die Menschen auf der Kundgebung mit antirussischen Parolen auf.

Bald darauf begannen Unterredungen zwischen Nabijew und Kendshajew. Letzterer lehnte seinen Rücktritt kategorisch ab. Zur Legitimation seiner Macht bezog sich Nabijew erstmals auf den "Willen Gottes".

In den letzten Apriltagen war die politische Situation in Tadschikistan äußerst angespannt. Auf der 13. Sitzung des Obersten Sowjet wurde Nabijew zum Oberkommandierenden der Streitkräfte ernannt und in den militärischen Rang eines Generaloberst erhoben. Auf der Sitzung wurden erneut Drohungen gegen die Teilnehmer der Oppositionskundgebung ausgesprochen. Die Opposition konterte mit der ultimativen Forderung nach dem Rücktritt Kendshajews. Das Ultimatum lief am 21. April um 14 Uhr ab. Die Parlamentsabgeordneten gingen nicht darauf ein. Daraufhin formierte die Opposition Abteilungen einer "Garde" zum Angriff auf das Parlamentsgebäude. Ein letztes Ultimatum für den Rücktritt Kendshajews lief am 22. April um 12 Uhr ab.

Unter diesen Bedingungen stimmte die Sitzung für die Aufnahme eines ehemaligen Präsidentschaftskandidaten, Saifitdin Turaevs, des Oberkadi Turadshon-zoda und des Vizevorsitzenden der DPT, Asliddin Sahibnazarows, in das Präsidium des Obersten Sowjet. Diese Entscheidung kam zu spät und zeugte nur noch von der Schwäche der Regierung und der wachsenden Kraft der Opposition.

Kurz zuvor hatten die Oppositionellen 16 Abgeordnete und zwei Stellvertreter des Premierministers als Geiseln genommen. Am 22. April kam frühmorgens im Radio die Meldung über den Rücktritt Kendshajews. Der wurde kurz darauf per Erlaß des Präsidenten mit dem Vorsitz des Komitees für nationale Sicherheit entschädigt. Gleichzeitig wurde bekannt, daß den Teilnehmern der regierungsfreundlichen Kundgebung auf dem Ozodi-Platz ein Dienstreisegeld ausgezahlt würde. Für diesen Zweck sei im Gebiet Leninabad ein Spezialfonds in Höhe von sieben Mio. Rbl eingerichtet worden.

Ende April wurden laut Mitteilung der Medien in der Provinz Kuljab Mitglieder oppositioneller Vereinigungen verfolgt. Diese Aktionen wurden vom Imam der Moschee in Kuljab, dem Mulla Chaidar Scharif (dem sogenannten "roten Mulla"), sanktioniert. Es wurden Listen mit den Namen der DPT- und IPWT Mitglieder aufgestellt, die aus Angst vor der Verfolgung ihre Kinder und andere Verwandten in Sicherheit außerhalb des Gebiets brachten.

Am 23. April begann in Duschanbe auf dem Sadridin Aini-Platz eine dritte Kundgebung, die von 13 mafiösen Jugendorganisationen der Hauptstadt organisiert worden war. Auf diese Weise zeigten die Mafia-Gruppierungen offiziell an, daß sie sich in den politischen Kampf eingeschaltet hatten. Die Demonstration wandte sich mit einer Forderung nach rascher Beendigung des Konflikts an Präsident Nabijew.

Bald darauf wurde Kendshajew auf der Sitzung des Obersten Sowjet erneut zum Vorsitzenden des Parlaments ernannt. Damit hatte sich der Präsident entschieden, die Opposition mit Gewalt zu unterdrücken. Am 1. Mai wurde die öffentliche Einberufung in die "Nationalgarde" bekannt gegeben und der Befehl über die Formierung eines Spezialbatallions und einer Sonderbrigade erteilt. An das regierungsfreundliche Lager auf dem Ozodi-Platz wurden über 2.000 Maschinenpistolen verteilt.

Am 5. Mai verkündete der Präsident den Ausnahmezustand, der das Verbot aller politischen Parteien und Demonstrationen und eine Ausgangssperre in der Hauptstadt vorsah. Gleichzeitig traten einige Führer der Opposition im Fernsehen mit Forderungen nach Abschaffung des "totalitären kommunistischen Regimes" auf. Der Fernsehansager versicherte der russischsprachigen Bevölkerung Tadschikistans, daß die Ausschreitungen keinen zwischennationalen Konflikt oder Ausdruck nationalistischer Stimmungen darstellten und daß es keine Verfolgungen der russischsprachigen Bevölkerung geben würde.

Am gleichen Tag versuchten einige Angehörige der Präsidentengarde, einen Streikposten, der die Durchfahrt von Regierungsanhängern aus Kuljab verhindern wollte, mit Waffengewalt zu vertreiben. Es gab mehrere Tote und Verletzte. Im Gegenzug eroberten die Oppositionskräfte den Flughafen, den Hauptbahnhof und den Palast des Präsidenten und erbeuteten Waffen. Im staatlichen Fernsehen wandten sich die Oppositionsführer an die russischsprachige Bevölkerung mit dem Aufruf, Ruhe zu bewahren. Nabijew rief ebenfalls im nationalen Fernsehen die Bevölkerung dazu auf, Gesetz und Ordnung zu verteidigen. Zwischen dem Präsidenten und der Oppositionsführung liefen ununterbrochen Geheimverhandlungen, es wurden gemeinsame Dokumente unterzeichnet und Entscheidungen getroffen, an die sich aber keine der beiden Seiten halten wollte. So kam es zu einem Kollaps der Macht.

Unterdessen formierten sich in den Wohnvierteln Selbstverteidigungskräfte. Anfang Mai lieferte sich die Präsidentengarde mit den Oppositionstruppen Gefechte um strategisch wichtige Objekte der Stadt.

Bei den Verhandlungen stellte die Opposition folgende Forderungen: die Bildung einer Koalitionsregierung, die Rücktritte Kendshajews, des Vizepräsidenten N. Dustow, des Generalstaatsanwalts, des Vorsitzenden der Rundfunk- und Fernsehanstalt und des Vorsitzenden des Verteidigungskomitees. In der Nacht zum 7. Mai unterzeichnete Nabijew ein Protokoll, in

dem er sich mit allen Forderungen der Opposition einverstanden erklärte. Am selben Tag begannen dann die Anhänger des Präsidenten aus Kuljab, ihre Zelte abzubauen. Ihre Lastwagenkolonne verließ den Ozodi-Platz in Richtung Kuljab.

Am 10. Mai wandten sich die Offiziere des Komitees für nationale Sicherheit (KNS) an ihre Kollegen im Innenministerium, in der Garnison von Duschanbe (201. Motorschützendivision) und bei den Grenztruppen mit der Bitte um gegenseitige Unterstützung im Falle eines Angriffs und einer akuten Gefährdung der Militärangehörigen. Die Angesprochenen erklärten ihre Neutralität; nur die Offiziersversammlung der Garnison von Duschanbe erklärte ihre Bereitschaft, den Familienangehörigen anderer Militäreinrichtungen zu helfen, wobei sie gleichzeitig ihre Neutralität unterstrich.

Am gleichen Tag wurden die Demonstranten auf dem Schochidon-Platz aufgefordert, zum Gebäude des KNS zu gehen und ein Treffen mit dem Präsidenten zu verlangen, der dort angeblich untergetaucht war. Eine bewaffnete Kolonne der Demonstranten, unterstützt von einem Schützenpanzerwagen, marschierte zu dem Gebäude, wurde aber unmittelbar davor durch starkes Feuer gestoppt. Dabei wurden ungefähr acht der Angreifer getötet und zehn verletzt. Der Kommandeur der 201. Motorschützendivision, W. Zabolotnyj, hatte entsprechend des Beschlusses der Offiziersversammlung und gegen die Anweisung aus Moskau gehandelt, als er einer Panzereinheit befahl, das KNS-Gebäude und die Unterkünfte der Militärangehörigen zu schützen und die Straße abzusperren.

Nach dieser Aktion ging die Kundgebung auf dem Schochidon-Platz mit neuer Kraft weiter. Die aufgebrachten Demonstranten verdammt die "KNS-Mörder" und die "GUS-Okkupanten, die sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einmischen". Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem erfolglosen Sturm des KNS-Gebäudes zeigen, daß zu diesem Zeitpunkt noch die Möglichkeit bestand, den Bürgerkrieg abzuwenden, notfalls mit Gewalt.

Nach diesem Vorfall schloß die Opposition ihre Reihen noch enger zusammen. Man hörte immer häufiger den Aufruf "Es lebe der islamische Glaube!" Am Abend strahlte das Fernsehen die Rede Schodmon Jussufs aus, in der dieser mit beispiellosem Zynismus erklärte, daß im Falle einer weiteren Einmischung der GUS-Truppen in die inneren Angelegenheiten Tadschikistans die russischsprachige Bevölkerung in Duschanbe als Geisel genommen würde. Er schloß auch nicht aus, daß man in Iran und Afghanistan um Hilfe bitten würde. Obwohl im nachhinein die Führer der Opposition diese Rede faktisch mißbilligten und sich dafür sogar entschuldigten, zielte diese Provokation deutlich darauf ab, eventuelle Handlungen der 201. Motorschützendivision zu neutralisieren und die Vereinigung und Organisation der russischsprachigen Bevölkerung zu verhindern.

In den Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und der Opposition wurden Forderungen nach dem Rücktritt des Präsidenten, der Auflösung des Obersten Sowjet und seiner Ersetzung durch einen Nationalrat (Medschlis) laut. Gleichzeitig verlangten Schodmon Jussuf und Davlot Usman die Nationalisierung des Eigentums der Garnison, weil ihrer Meinung nach der Aufenthalt der GUS-Truppen in Tadschikistan keine Berechtigung mehr habe.

Am 11. Mai wurde eine Regierung der nationalen Versöhnung ins Leben gerufen, in der die Vertreter der Opposition acht, d.h. ein Drittel der Posten, darunter einige Schlüsselpositionen, bekamen.

Am 16. Mai brachten Busse die letzten siegestrunkenen Teilnehmer der Demonstration auf dem Schochidon-Platz in ihre Dörfer. So endete die "tadschikische Revolution" oder die erste, noch halbwegs friedliche Etappe des Bürgerkrieges.

Die Regierung der nationalen Versöhnung und die Verschärfung des Bürgerkrieges

Die zweite Etappe begann nach Beendigung der Demonstrationen auf den beiden Hauptstadtplätzen. Es war der Übergang zum offenen Bürgerkrieg. Grausame Kampfhandlungen im Süden, die Machtkrise in der Hauptstadt, die Machtübernahme durch die Clans aus Kuljab und die mafiösen Strukturen und die Verdrängung der alten Herrschaftsschicht aus Leninabad/Chudschand von den zentralen Machtpositionen waren die Merkmale dieser Periode. Sie endete am 10. Dezember 1992, als Duschanbe von den bewaffneten Kräften der sog. Volksfront besetzt wurde.

Im Frühsommer 1992 wurde aus den beiden südlichen Provinzen Kuljab und Kurgan-Tjube weitere Destabilisierung und die Formierung bewaffneter Truppen des regierungsfreundlichen und des oppositionellen Lagers in verschiedenen Ortschaften gemeldet. Genau genommen hatten sich allerdings die Inhalte von Begriffen wie "Opposition" und "Regierungsanhänger" verkehrt: die Kuljaber, die den Präsidenten Nabijew unterstützt hatten, befanden sich nun in der Opposition zu den neuen Machtverhältnissen in Duschanbe, wo die ehemalige Opposition an die Macht oder einen Teil der Macht gekommen war.

Anfang Juni kam es zu einer verstärkten Auswanderung aus der Provinz (Oblast') Kuljab. Die Anhänger von DPT, IPWT und "Rastochez" verließen das Gebiet aus Angst vor Verfolgungen durch den Mulla Scharifow und den Anführer der Kuljaber Truppen Sangak Safarow¹, einen ehemaligen Sträfling, der wegen Mord und anderer Delikte insgesamt dreiundzwanzig Jahre hinter Gefängnisgittern verbracht hatte.

¹ S.Safarow und der jetzige Vorsitzende des Obersten Sowjet E. Rachmonow stammen aus einem Dorf.

Unter den gegebenen Umständen beschloß der Gebietsowjet von Leninabad, sich alle Betriebe der Region zu unterstellen. Präsident Nabijew erklärte einigen Journalisten, daß man ihn dazu eingeladen habe, die Präsidentschaft eines autonomen Leninabader Landesteils anzutreten. Damit deutete sich nicht nur eine separatistische Stimmung im Norden Tadschikistans an, sondern der Zerfall des Landes insgesamt.

In seiner Erklärung vom 24. Juni stellte der Oberste Sowjet Tadschikistans eine Reihe von Forderungen an Präsident Nabijew. Im Falle ihrer Verweigerung wollte das Parlamentspräsidium seinen Rücktritt erklären und das Präsidialsystem offiziell in Frage stellen. Auch dahinter kam eine zunehmende Konfrontation zwischen Leninabad und der zentralen Regierung zum Vorschein. Eigentlich sprach die Führung des Gebietes Leninabad der Zentralregierung die Anerkennung ab. Damit ergab sich eine neue Machtkonstellation zwischen dem Norden und dem Süden, eine Art regionaler Doppelherrschaft, die ihrerseits die Position des östlichen Landesteils, die Führung Berg-Badachschan ignorierte.

Seit Ende Juni kam es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Einheiten der sogenannten "Demo-Islamisten" und den Truppen der Kuljaber. Sie nahmen einen zunehmend systematischen, blutrünstigen und kriminellen Charakter an. In dieser heiklen Situation im Süden Tadschikistans wurde der 201. Motorschützendivision der Schutz des Wasserkraftwerks von Nurek, des elektro-chemischen Kombinars von Javan und der Stickstoffdüngerefabrik von Wachsch sowie einiger Autostraßen auf den Bergpässen an der Grenze zwischen Kuljab und Kurgan-Tjube übertragen.

An der Südgrenze häuften sich die Versuche, die Grenze nach Afghanistan zu überqueren, um dort Waffen zu beschaffen. Bei der Rückkehr nach Tadschikistan wurden afghanische Berater mitgebracht. Im Sommer überquerten 300 Kämpfer von General Dostum den Unteren Pjandsch von Nordafghanistan nach Tadschikistan und stellten sich unter das Kommando von Sangak Safarow und F. Saidow. Eine andere Gruppe, 350 Mann stark, überquerte die Grenze in der Gegend von Termez und beteiligte sich sehr aktiv an den Kampfhandlungen in den Bezirken Schartuz und Kobadian in der Provinz Kurgan-Tjube.

In Chorog, der Hauptstadt des Autonomen Gebiets Berg-Badachschan, fand am 26.-27. Juli ein Treffen zwischen Vertretern der lokalen Machtorgane, Parteien und informellen Bewegungen statt. Daran beteiligten sich auch Delegierte aus den Gebieten Kuljab und Kurgan-Tjube und dem Bezirk Garm sowie Vertreter der IPWT (das Mitglied des Koordinationsrates S.A. Nuri), der DPT (Schodmon Jussuf) und der Bewegung "Rastochez" (T. Abduschabbor). Von der Republikführung nahm A. Iskandarow teil, der Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjet. Auf diesem Treffen wurden Bedingungen für eine friedliche Lösung des Konflikts diskutiert. Laut der dabei erzielten Vereinbarungen sollte am 28. Juli ab 10 Uhr auf dem

ganzen Territorium der Republik das Feuer eingestellt, die Geiseln befreit, die Strassen, Gebäude und Objekte geräumt, sowie die bewaffneten Einheiten aufgelöst und die Waffen abgegeben werden. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens erklärte der Anführer der Kuljaber, Sangak Safarow, daß seine Leute die Waffen solange nicht abgeben würden, wie die seiner Meinung nach unrechtmäßige Regierung an der Macht sei. Der DPT-Führer Schodmon Jussuf fügte noch hinzu, daß alle ausländischen Truppen Tadschikistan zu verlassen hätten.

Schon am 27. Juli begannen erneut die Kampfhandlungen im Bezirk Kujbyschew in Kurgan-Tjube. In den Medien startete eine Verleumdungskampagne gegen die Einheiten der 201. Division, die in der Rolle des Vermittlers auftrat. Im Sommer 1992 betrug nach den Angaben des Kuljaber Gebietssowjet die Zahl der Flüchtlinge infolge der Zusammenstöße bereits über 130.000.

Am 24. August töteten zwei Kämpfer aus dem Lager der sog. "Demo-Islamisten" den Generalstaatsanwalt Tadschikistans, N. Chuwaidullojew. Dieser Terrorakt hatte eine starke Resonanz. In der Heimat des Ermordeten, im Kischlak Pangaz im Gebiet Leninabad, und in der Stadt Kuljab wurden Massenkundgebungen abgehalten, wurde die Regierung der nationalen Versöhnung scharf kritisiert. Im Dorf Pangaz wurden fast alle Moscheen geschlossen, ihr Eigentum verbrannt und die Tätigkeit des Klerus stark eingeschränkt.

In der Hauptstadt Duschanbe wuchs die Kriminalität. Am 31. August blockierte eine Gruppe junger Leute - offenbar aus den Stadtteilen, die das "islamisch-demokratische" Lager unterstützten - zusammen mit Flüchtlingen aus Kurgan-Tjube und Kuljab - den Präsidentenpalast und forderten ein Treffen mit dem Präsidenten. Auf Warnung des KNS hin, war der Präsident rechtzeitig in den Kasernen der 201. Division untergetaucht. Die Angreifer besetzten die Residenz, nahmen 32 Geiseln aus den Gebieten Leninabad und Kuljab und verlangten den Rücktritt des Präsidenten. Daraufhin wurde im Gebiet Leninabad die Gründung einer "Nationalgarde" verkündet und 24 Mio. Rbl für ihren Unterhalt gesammelt.

Am 2. September unterzeichneten alle Mitglieder des Ministerrats eine Erklärung, in der die Entlassung des Präsidenten gefordert wurde. Die Abgeordneten des Gebiets Leninabad erklärten sich mit dieser Forderung einverstanden. Mit dem Verlust der Unterstützung aus Leninabad hatte Nabijew endgültig seine Machtstellung eingebüßt. Die bisher herrschenden Klane waren zur Auswechslung politischer Führer bereit, um ihre Machtstellung zu wahren. Gegen 20 Uhr sprachen sie in einer gemeinsamen Erklärung dem Präsidenten das Mißtrauen aus und beriefen eine Sitzung des Obersten Sowjet für den 4. September ein.

In der Stadt Kurgan-Tjube, die eine Woche lang von den Truppen aus Kuljab besetzt gehalten wurde, brach der Krieg erneut aus. An dem Tag hatten sich Anhänger des Präsidenten vor

dem Gebäude des Gebietssovjets versammelt. Als Safarow seine Rede hielt, umzingelten die bewaffneten Einheiten der IPWT und DPT die Teilnehmer der Kundgebung und eröffneten das Feuer. In der Stadt und in dem von Usbeken aus Samarkand besiedelten Vorort Urgut richteten sie ein Blutbad an. Tausende von Menschen flohen in das benachbarte Dorf Lomonossow unter den Schutz des 191. Motorschützenregiments.

Der Apparat des Präsidenten beschuldigte in einem offiziellen Kommentar die Islamisten des Staatsstreichs. Ihr Ziel sei "die Blockierung jedweder Beziehungen Tadschikistans mit Rußland und den GUS-Staaten"¹. Schodmon Jussuf distanzierte sich erstmals von den Handlungen der Islamisten. Am 7. September wurden die Flüchtlinge aus dem Dorf Lomonossow nach Kuljab gebracht. In Kurgan-Tjube wurden 1.800 Mann für ein "Regiment der nationalen Verteidigung" rekrutiert. Die Stadtwehrkommandos übergaben dem Regiment mehr als 1.000 Maschinenpistolen.

Man berichtete vom Zusammenbruch der Infrastruktur im Tal von Wachsch, von totaler Anarchie, von Hunderten von Leichen entlang der Strassen und von unbeschreiblicher Grausamkeit auf allen Konfliktseiten. Wie die Truppen aus Kuljab ihre Gefechtshandlungen in jener Zeit ausführten, zeigte deutlich, daß die entsprechenden Pläne von Militärexperten ausgearbeitet worden waren. Die Opfer auf beiden Seiten schob eine antirussische Kampagne den Russen und Rußland zu. Ganz offensichtlich wurden gefälschte Dokumente und Videoaufnahmen verbreitet. Auf den Kopf General M. Aschurows, des neuen Befehlshabers der 201. Division, wurde eine Belohnung in Höhe von fünf Mio. Rbl ausgesetzt.

Am 7. September wurde Präsident Nabijew auf dem Flughafen bei dem Versuch erwischt, nach Chudschand/Leninabad zu fliegen. Er wurde festgehalten. Daraufhin mußte eine Panzer Einheit der 201. Division den Präsidenten vor einer wütenden Menge schützen. Kurz darauf unterzeichnete Nabijew die Rücktrittserklärung.

Es war der Höhepunkt einer Periode politischer Erfolge der sogenannten Opposition (IPWT, DPT und "Rastochez"). Dann aber bewirkten ihre Unfähigkeit bei der Lösung sozialer und ökonomischer Aufgaben und die extremen Ansichten einiger Oppositionsführer, daß die Zahl ihrer Anhänger und Sympathisanten schrumpfte. Der Norden distanzierte sich von der Opposition. Die Bewegung "Rastochez" spielte bald keine wesentliche Rolle mehr. Ihre Stelle als oppositionelle Hauptkraft nahm jetzt die IPWT ein.

Die Gefechtshandlungen und Grenzüberquerungen mit dem Ziel der Waffenbeschaffung dauerten an. Truppen aus Usbekistan, Kasachstan und Rußland füllten den Grenzschutz auf. Die Kämpfe verloren jeglichen politischen Charakter und wurden auf beiden Seiten mit Hilfe

¹ Pravda, 4.9.1992.

von Söldnern und Kriminellen ausgetragen. Es herrschte Blutrache. Ende September verlagerten sich die Kampfhandlungen in die Gegend um das Wasserkraftwerk von Nurek, das unter dem Schutz der 201. Division stand. Die Kuljaber mit Sangak Safarow an der Spitze führten Angriffe auf die Hauptstadt aus.

Am 25. September wurden auf einer geschlossenen Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjet und des Ministerrats die neuen Forderungen der Kuljaber bekanntgegeben: die Einberufung einer turnusmäßigen Sitzung des Parlaments in Chudschand; die Schaffung eines Schiedsgerichts, das die Beziehungen zwischen den Gebieten Kuljab und Kurgan-Tjube klären sollte; die Teilnahme der Vertreter aller Gebiete der Republik an dem Treffen der GUS-Staaten; der Rücktritt einiger Minister aus der Regierung der nationalen Versöhnung. Die Rücktrittsforderung betraf den stellvertretenden Premierminister Davlot Usman, den Vorsitzenden der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt, M. Mirrachimow, den stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees für Nationale Sicherheit, D. Aminow, den Führer der Muslime, Akbar Turadschon-zoda. In kultur- und religionspolitischer Hinsicht verlangten die Kuljaber u.a. die Einstellung des "azan", des Gebetsaufrufs, im Rundfunk der Republik.

Der Gebietsowjet von Leninabad verurteilte den in Chudschand befindlichen Nabijew wegen seiner Versuche, im Verhältnis zwischen Tadschikistan und Rußland weiterhin die Rolle des Präsidenten zu spielen. Mit diesem Schritt versuchte der ehemals herrschende Landesteil offenbar, mit der neuen Regierung in Duschanbe übereinzukommen und seinen Leuten die Rückkehr zur Macht freizuhalten. Der Vorsitzende des Obersten Sowjet und stellvertretende Regierungschef, A. Iskandarow, nominierte den Leiter eines Staatskonzerns, A. Abdulladshanow, für das Amt des stellvertretenden Premierministers.

Am 25. September überfielen Anhänger der Opposition das Dorf Lomonossow, in dem Flüchtlinge konzentriert waren. Sie vertrieben die Offiziere der dort stationierten Motorschützendivision und richteten ein Blutbad an. Am 27. September nahmen Truppen der Kuljaber die Stadt Kurgan-Tjube ein. In Duschanbe herrschten Kriminalität und Gesetzlosigkeit. Die Behörden waren nicht imstande, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Bis Anfang Oktober waren auf beiden Seiten 15.000-20.000 Tote und mehrere Tausend Verletzte (überwiegend aus der zivilen Bevölkerung) zu beklagen. Aus dem Süden floh der größte Teil der in den 1920er-50er Jahren aus Usbekistan und Nordtadschikistan dorthin umgesiedelten Bevölkerung; aus dem ganzen Land waren bereits 90.000 Vertreter der sogenannten russischsprachigen Bevölkerung ausgereist. Die Industrie war faktisch gelähmt, die Landwirtschaft zerstört.

Die blutige Eskalation des Bürgerkriegs hatte die sozial-psychologische Lage entscheidend

verändert. DPT und "Rastochez", die einen Block mit der IPWT bildeten, hatten ihre Autorität verloren und spielten praktisch keine Rolle mehr. Auch Turadschon-zoda war diskreditiert, da er im gesellschaftlichen Bewußtsein die Verantwortung für das Desaster im Lande trug. Das Kadiat verlor den größten Teil seiner Anhänger, die Tätigkeit des Klerus wurde an manchen Orten ganz eingestellt. Der Regionalismus drängte jeden Ansatz eines nationalen Bewußtseins in den Hintergrund. Dagegen kam es zu einer Konsolidierung der Pamirvölker, die sich nun selber als eine einheitliche Kraft wahrgenommen hatten.

Angesichts dieser Lage riefen die "Machtorgane" des Landes die 16. Sitzung des Obersten Sowjet Tadschikistans in Chudschand, die sogenannte "Versöhnungssession", ein. Mit dieser Sitzung sollte das Blutbad gestoppt und eine neue Regierung gegründet werden. In Wirklichkeit wurde diese Atempause von den Clans aus Kuljab und Chudschand/Leninabad für die Aufstellung bewaffneter Volksfronten benutzt - mit Hilfe Usbekistans und teilweise auch Kirgistans. Ein Hauptkontingent der Volksfrontkräfte bildeten Usbeken, teils aus Tadschikistan, teils aus Usbekistan, hauptsächlich Leute aus den Gebieten Tursunzade, Surchandarja und Kaschkadarja. Unter ihnen befanden sich Vertreter der ärmsten Bevölkerungsschichten aus entlegenen ländlichen Gegenden, Menschen, die oft nichts als einen Mantel und ein Paar Gummischuhe besaßen und denen man nach der Eroberung der Hauptstadt ein Auto versprochen hatte.

Die wirkliche Bedeutung der "Versöhnungssession" zeigte das gleichzeitige Kampfgeschehen. Truppen des afghanischen Kapitäns Muradshan überfielen am 21.-22. November Kobadian und massakrierten die gesamte dort noch verbliebene tadschikische Bevölkerung.

Tadschikistan unter der Regierung Emomali Rachmonows

Am 10. Dezember 1992 begann mit dem Einmarsch der Volksfront in Duschanbe die dritte Etappe des Bürgerkriegs, die sich bis zum heutigen Tag hinzieht. Sie ist durch folgende Entwicklungen gekennzeichnet:

- auf politischer Ebene durch Kampfhandlungen, die im Namen der "gesetzlichen" und "legitimen" Regierung geführt werden und durch einen grausamen und hinterlistigen Machtkampf zwischen den Clans aus Chudschand und Kuljab;
- auf ökonomischer Ebene durch einen völligen Zusammenbruch und die Kriminalisierung der Wirtschaft Tadschikistans;
- auf militärischer Ebene durch die Unterstützung der Regierung durch russisches und usbekisches Militär;
- auf der außenpolitischen Ebene durch die Internationalisierung des Konflikts;
- auf ethno-demographischer Ebene durch eine Bevölkerungsschrumpfung (erstmalig seit Beginn der 20er Jahre). Diese ist auf die Ausreise der russischsprachigen Bevölkerung, die Exilierung großer Teile der einheimischen Bevölkerung nach Afghanistan und in andere

GUS-Staaten und auf einen Rückgang der natürlichen Geburtenraten zurückzuführen. Nach der Eroberung der Hauptstadt gingen die Kämpfer der Volksfront gewaltsam gegen Tadschiken aus bestimmten Regionen vor, in denen die Opposition lokalen Rückhalt gefunden hatte, insbesondere gegen diejenigen, die aus Karategin und dem Pamirhochland abstammen.¹ Nach Feststellung ihrer regionalen Abstammung wurden sie auf der Stelle erschossen. Innerhalb eines Monats, in dem die neue Regierung an der Macht war, wurden Dutzende Vertreter der tadschikischen Intelligenz getötet, darunter angesehene Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer, Gerichtsangestellte und Journalisten. Aus Angst vor dem Terror flohen die Pamir-Tadschiken aus der Hauptstadt. Unverzüglich wurden alle oppositionellen Zeitungen geschlossen: "Tscharogi Ruz", "Adolat", "Hadschot", "Chaftgantsch", "Rastochez", "Ojnai Sikandar", "Schachdat", "Dschomi Dscham". Eine besonders unversöhnliche Position nahm der Vorsitzende des Obersten Sowjet, Emomali Rachmonow, ein. In seiner Fernsehansprache vom 3. Januar 1993 erklärte er, daß die Oppositionellen zur Verantwortung gezogen würden, auch wenn sie sich in Moskau versteckt hielten. Nur einige Tage später erklärte er aber, daß es keine Verfolgungen wegen politischer und religiöser Ansichten geben würde. Möglicherweise war diese Korrektur auf das Treffen der zentralasiatischen Staaten in Taschkent am 4. Januar zurückzuführen, auf dem sich Rachmonow die Unterstützung der anderen Staatschefs einholte. Im Rahmen dieses Treffens unterzeichneten Islam Karimow und Rachmonow einen usbekisch-tadschikischen Freundschafts- und Kooperationsvertrag, den ersten in der Geschichte beider Länder.

Ende Dezember/Anfang Januar vertrieben die Volksfrontkräfte auf ihrem Vormarsch in den Süden rund 150.000 Menschen ins Ausland - vorwiegend nach Afghanistan. Die Flüchtlinge stammten wiederum hauptsächlich aus Karategin und dem Pamir. Es waren teilweise aktive Anhänger des "islamisch-demokratischen Blocks", meist aber unpolitische Menschen, für die nun ihre regionale Abstammung zur tödlichen Gefahr wurde. Die Lage ähnelte der Situation in den zwanziger Jahren, als aus Tadschikistan rund 480.000 Usbeken, Tadschiken, Araber und andere Einwohner der Region nach Afghanistan flohen. Das bewirkte die weitere Eskalation und Internationalisierung der Konflikte.

In Afghanistan wurden die Flüchtlinge über verschiedene Lager verteilt: etwa 18.000 in Sachi, 10 km von Mazar-i-Scharif entfernt, etwa 52.000 in der Stadt Imam-Sahib, 12.000 in Kunduz, ebensoviele in Taschkurgan, 1.500 im Flüchtlingslager Kalai Zol. Ein Teil der Flüchtlinge wanderte in die Zentralgebiete Afghanistans und kann bei dieser Aufzählung nicht berücksichtigt werden.

¹ Siehe dazu Berichte von Amnesty International; z.B. amnesty international Jahresbericht 1993, Frankfurt a.M. 1993, S. 514ff.

Im Februar versuchte die Regierung die Oppositionskräfte, die sich in einer Bergschlucht an der Grenze zwischen Hissar und Karategin und in den Städten Garm und Tavildar verschanzt hatten, zu zerschlagen. Bei diesen Kampfhandlungen wurden überwiegend usbekische Militärflugzeuge eingesetzt, eine Tatsache, die das offizielle Duschanbe zu jener Zeit bestritt. Als am 22. Februar 118 Kämpfer der Volksfront in Garm abgesetzt wurden, wurden sie alle von Oppositionskräften umgebracht.

In der Region von Wachschan waren die Regierungstruppen erfolgreicher. Dort zwangen sie die Einwohner, ihre Kischlaks zu verlassen und nach Badachschan zu fliehen.

Daß auch innerhalb der Regierung und in der Führung der Volksfront ein wüster Machtkampf tobte, wurde am 22. März deutlich, als unter noch ungeklärten Umständen der Anführer der Kuljaber Volksfront, "der Held Tadschikistans" Sangak Safarow, und einer der usbekischen Führer und grausamsten Feldkommandanten, F. Saidow, getötet wurden. Nach überzeugenden Berichten hatte sie zu hohe Machtansprüche gestellt und waren überfällig geworden, zumal sie ihre Aufgaben erfüllt hatten. Außerdem paßte die Figur Safarows, eines Sträflings und Mörders, nicht mehr in das "demokratische" Image der offiziellen Regierung. Das offizielle Duschanbe, d.h. das Innenministerium und Sicherheitskomitee, verbreiteten freilich eine Version, nach der dieser Mord als eine Provokation der Islamisten erscheinen sollte.

Im April gelangen der Opposition einige erfolgreiche Operationen in den Bezirken Pjandsch und Parchar. Bei den russischen Grenztruppen fanden radikale Veränderungen statt: Generalmajor Grizan wurde plötzlich nach Moskau versetzt und von dem 47-jährigen Generalmajor A. Tschetschulin abgelöst. Nach Einschätzung der Lage an der Grenze erklärte der neue Befehlshaber, daß "es keine Voraussetzungen für eine Entspannung gibt".

Die wirtschaftliche Lage Tadschikistans verschlechterte sich immer weiter. Der Vizepremier Abdullodshonow gab öffentlich zu, daß die Landwirtschaft der Republik sich in einem katastrophalen Zustand befindet. Dazu trug auch das Wetter bei. Infolge schwerer Regenfälle im Frühjahr wurden im Süden Tadschikistans zahlreiche Brücken, Dämme und Straßen zerstört. Die gesamte Aussaat der landwirtschaftlichen Kulturen wurde fortgeschwemmt. Nach Angaben aus Duschanbe wurden 82 km Uferbefestigungsdämme, 60 km Elektroleitungen, 70 km Bewässerungskanäle, 520 km Autostraßen zerstört.

Am 25. April unterzeichneten Jelzin und Rachmonow in Moskau einen Vertrag über Freundschaft, Kooperation und gegenseitige Unterstützung zwischen Rußland und Tadschikistan. Damit hatte Rußland neue Akzente in seiner Politik gegenüber Tadschikistan gesetzt. Kurz davor, am 20. April, hatte Außenminister Kosyrew in seiner Ansprache vor den Deputierten des Obersten Sowjet betont, daß für Rußland Tadschikistan eine "Zone der besonderen Verantwortung und Interessen" darstelle. Aus diesem Grund beschloß das Parlament

Rußlands, ein zusätzliches Bataillon nach Tadschikistan zu schicken, um die "Friedenstruppen aufzufüllen".

Mit solcher Unterstützung begann Rachmonow, sein Regime zu festigen. Ende Juni sprach das Oberste Gericht Tadschikistans ein Tätigkeitsverbot für alle oppositionellen Parteien und Bewegungen aus. Nur die KP wurde gesetzlich anerkannt. Am 23. Juni veröffentlichten die tadschikischen Zeitungen eine Erklärung Rachmonows, die dieser auf einer internationalen Menschenrechtskonferenz abgegeben und in der er seine Treue gegenüber den "Normen und Prinzipien der grundlegenden Dokumente von Helsinki und der Pariser Charta für ein neues Europa" bekundet hatte.

Das Staatsoberhaupt mußte zugeben, daß die Republik in Gesetzlosigkeit und wachsende Kriminalität versank und versah dieses Eingeständnis mit dem Hinweis, daß die "neue tadschikische Regierung keine Verantwortung dafür trägt" und aufgrund objektiver Umstände die Situation in absehbarer Zeit nicht in den Griff bekommen könne.

In Chorog, der Hauptstadt des Autonomen Gebiets Berg Badachschan, fand am 25. Juni eine Kundgebung statt, auf der die Einwohner den Rückzug des dort stationierten kasachischen Bataillons verlangten, weil dessen Soldaten - unter ihnen wurden einige Kämpfer der Volksfront identifiziert - gegenüber der lokalen Bevölkerung angeblich Gewalt ausgeübt hatten. Im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen traf eine Sondergruppe aus hochrangigen Funktionären des Innenministeriums und des KNS und zwei Führungsoffizieren der in Tadschikistan stationierten russischen Grenztruppen in Chorog ein.

Im Juli kam es zu dem bis dahin schwersten Zwischenfall an der tadschikisch-afghanischen Grenze. In der Nacht vom 12. zum 13. Juli überquerte eine bewaffnete Gruppe, 200 Mann stark, den Fluß Pjandsch und umzingelte den Grenzposten Nr. 12. Die Besatzung des Grenzpostens führte seit dem Morgenrauen einen schweren Kampf mit dem vierfach überlegenen Gegner, dem es gelang, einen Teil des Grenzpostens zu erobern. Die Grenzschilder bekamen vierzehn Stunden lang keine Unterstützung. Erst Stunden später kam Verstärkung aus der 201. Division, dem Innenministerium und dem KNS Tadschikistans. Gegen 20 Uhr wurde der Grenzposten befreit.

Bei diesem Zwischenfall fielen 24 Grenzsoldaten, darunter der Kommandant, und auch einige Soldaten aus dem KNS, dem Innenministerium und zwei Soldaten aus der 201. Division. Nach Informationen der Grenztruppen standen die afghanischen Kämpfer unter der Führung eines Feldkommandanten der Mudschahedin namens Kori Chamidullo. Die gesamte Operation soll der Befehlshaber der 55. MSD Afghanistans, Kozi Kabir, geleitet haben. Der russische Verteidigungsminister Pawel Gratschow erklärte diesbezüglich, daß im Falle eines erneuten Übergriffs dem afghanischen Aggressor "solch eine Niederlage zugefügt wird, daß er

beim nächsten Mal nicht in der Lage sein wird, seine Hand gegen das russische Volk zu erheben".

Im Juli gingen die Gefechtshandlungen weiter. Kommandos der Opposition sperrten die Autostraße Duschanbe-Karategin und kontrollierten die Städte Rogun und Obigarm. Am 24. August kam es im Sperrgebiet des Moskauer Grenzpostens erneut zu Kampfhandlungen mit einer 400 Mann starken Gruppe der Opposition, die den Fluß Pjandsch überquerte und ein 8 km breites und 9 km tiefes Gebiet besetzte. Nach einigen vernichtenden Schlägen der russischen Truppen gegen die militanten Gruppen der Opposition, sprach die tadschikische "Exilregierung" von gewaltsamer Verdrängung der Tadschiken nach Afghanistan und verlangte den Rückzug aller ausländischen Truppen aus Tadschikistan. Wie schon zuvor beschäftigte sich insbesondere Schodmon Jussuf aktiv mit dieser Frage. Er drohte den russischen Truppen mit Vergeltung, falls sie Tadschikistan nicht verlassen würden.

Ende Juli-Anfang August 1993 besuchte der Stellvertretende Außenminister Adamischin die Hauptstädte Duschanbe, Taschkent, Almaty, Bischkek und Aschhabad und überbrachte den Regierungschefs der zentralasiatischen Staaten eine Botschaft Jelzins. In der Erklärung wurde darauf hingewiesen, daß es in Tadschikistan um den Schutz der gemeinsamen Sicherheit und Grenzen ginge. Als dringlichster Punkt stand die Auffüllung der Truppenkontingente der zentralasiatischen Staaten zur Diskussion.

Am 1. August verstärkte die Regierung den Vormarsch ihrer Truppen auf das Territorium Badachschan aus zwei Richtungen, aus Wachs über den Chaburabot-Paß und entlang des Pjandsch über Kalaichumb. An diesen Angriffen beteiligten sich Panzer, Panzerwagen, Flugzeuge und Hubschrauber, wobei die Hubschrauber die Erkennungszeichen Usbekistans trugen. Bei den Angriffen wurden einige Dörfer am Pjandsch bombardiert. Den Kampfverbänden aus Badachschan gelang es, einige Panzer, Panzerwagen, Flugzeuge und Hubschrauber zu zerstören und das Vordringen der Regierungstruppen nach Badachschan aufzuhalten. Die ohnehin äußerst schwierige wirtschaftliche Lage im autonomen Gebiet Berg-Badachschan verschlechterte sich wegen der 60.000 Flüchtlinge aus den südlichen Gebieten der Republik noch erheblich.

Am 7. August trafen sich in Moskau die Staatschefs der zentralasiatischen Staaten mit der russischen Führung. Man versuchte, Rachmonow zu einem Dialog mit der Opposition zu bewegen. Der Präsident Usbekistans, I. Karimow, spielte dabei eine wesentliche Rolle. Er hatte offenbar eingesehen, daß der Bürgerkrieg in dem Nachbarland mit militärischen Mitteln nicht in den Griff zu bekommen war. Die Schuld für die Ausweitung des Konflikts wurde nun sehr deutlich der Regierung Tadschikistans zugeschoben.

Unterdessen fand man in Tadschikistan die Leichen einiger Parlamentsabgeordneten. Sie hat-

ten seit 1992 in Moskau gelebt und waren von Rachmonow persönlich zur 17. Sitzung des Obersten Sowjet in Duschanbe im Juni 1993 eingeladen worden. Man hatte ihnen sicheres Geleit versprochen.

Die katastrophale Wirtschaftslage und die Kriminalisierung der Gesellschaft zwangen die Bevölkerung dazu, im Drogengeschäft Geld zu verdienen. Die Felder des wildwachsenden Hanfs in den Gebirgsregionen wurden für die Opposition zu einer wesentlichen Finanzquelle. Zu einem der Hauptlieferanten von Drogen und ihres Rohstoffs wurde das Gebiet Berg-Badachschan. Im Sommer 1993 wurden in der Stadt Osch in Kirgisien 30 kg Opium beschlagnahmt, sicherlich nur ein ganz geringer Teil des Transits. Ein Pamir-Tadschike mit dem Spitznamen Lescha-Gorbun (der Buckelige) hat einen wesentlichen Teil des Heroinverkaufs in Tadschikistan unter seiner Kontrolle. Er verfügt über eine eigene bewaffnete Truppe, Stofflieferanten und Laboratorien. Und wenn Tadschikistan früher nur Opium und Haschisch lieferte, produziert es mittlerweile auch Heroin höchster Qualität.

Für einen nicht geringen Teil der tadschikischen Bevölkerung ist der Drogenverkauf die einzige Möglichkeit, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Der Machtkampf verschärfte sich nun nicht nur zwischen dem Norden und dem Süden, sondern auch innerhalb der Volksfront. Die Führung von Leninabad unternahm Schritte zur Stabilisierung ihres Gebiets, die auf zunehmende Autonomie hinausliefen: Es wurden eigene Staats-, Wissenschafts- und Kulturorgane parallel zu denen in der Hauptstadt geschaffen und mit Emigranten aus Duschanbe, die dem nördlichen Landesteil entstammen, aufgefüllt. Die Gebietshauptstadt Chudschand hatte an der Zentralregierung vorbei einen Vertrag mit Taschkent über Lebensmittellieferungen abgeschlossen. Immer lauter wurden die Stimmen aus Chodschent, die der Führung in Duschanbe die Fähigkeit zur Stabilisierung der Lage in der Republik absprachen und die Gründung einer Freihandelszone im Gebiet Leninabad verlangten. Ende August beschloß die Führung Chudschands, zwei Brücken über die Flüsse Jagnob und Serawschan zu sprengen, die Duschanbe mit Chudschand über die Gebirgsketten Hissar, Serawschan und Turkestan verbinden. Das Gebiet Leninabad trennte sich immer weiter vom dem Süden ab. Insbesondere spitzten sich die Konflikte zwischen den Clans aus Chudschand und denen aus Kuljab zu.

Nach unbestätigten Berichten betrug die Zahl der Flüchtlinge aus Tadschikistan in Rußland inzwischen rund 145.000, in anderen GUS-Staaten und in Afghanistan 634.000. Insgesamt hatten 778.500 Flüchtlinge Tadschikistan verlassen.¹ Es häufen sich Meldungen über das Verschwinden und die Verhaftungen von Journalisten und ehemaligen Aktivisten der Oppositionsparteien.

¹ Nezavisimaja gazeta, 4.11.1993.

Unter solchen Umständen verkündete Emomali Rachmonow das Ende des Bürgerkrieges in einer Erklärung im Vorfeld des Besuchs des russischen Außenministers und einer Sitzung des Obersten Sowjet Tadschikistans vom 24. November, die dann verschoben wurde.

Die Führer der Opposition waren mit dieser Erklärung nicht einverstanden und unterzeichneten am 7. Dezember auf einem Treffen, das der Ausarbeitung einer gemeinsamen Taktik bei den Verhandlungen um die politische Konfliktregelung gewidmet war, eine eigene gemeinsame Erklärung. Sie wurde von Turadschon-zoda (IPWT), Cholik-zoda (Rastochez), Satarow (DPT) und Latifi (Koordinationszentrum aller demokratischen Kräfte Tadschikistans und der GUS-Staaten) unterzeichnet. Ihr Leitmotiv: Die Situation in der Republik lasse sich nur durch Verhandlungen regeln. Die Erklärung enthielt neun Punkte, darunter die Bildung eines Staatsrates und einer Übergangsregierung aus fachkundigen und neutralen Persönlichkeiten.

Der verschärfte Machtkampf endete mit einem Sieg der Kuljaber. Er war für diese die letzte Möglichkeit, einen tadschikischen Gesamtstaat zu bewahren, da Chudschand entweder seine alte Machtposition zurückerobert oder seine politische, nicht nur wirtschaftliche Eigenständigkeit erklärt hätte. Deshalb endete die Sitzung des Gebietsowjet von Leninabad, auf der die Wiederherstellung des Präsidentenamtes in der Republik und die Umwandlung Leninabads in eine Freihandelszone verhandelt werden sollte, mit einem Fiasko. Die Kuljaber reagierten schnell, setzten im Norden eine Hubschraubereinheit ab und zwangen Chudschand zum Verzicht auf separatistische Absichten und zur Teilnahme an der Sitzung des Obersten Sowjet Tadschikistans in Duschanbe. Bei diesem Vorhaben wurden sie wahrscheinlich von einigen Gebietsorganen Leninabads unterstützt. Infolge dieser Entwicklungen reichte Premierminister Abdullodschonow "auf eigenen Wunsch" seinen Rücktritt ein. Auf der Sitzung des Obersten Sowjet am 27. Dezember wurde A. Samadow zum neuen Premier ernannt. So konnte die eskalierende Staatskrise durch die Erhaltung des seit 1992 herrschenden Status quo bei der Machtverteilung fürs erste gebremst werden.

Entwicklungen 1994

Im Januar-Februar 1994 verschärfte sich die Lage in Duschanbe. Es kam häufig zu Schußwechseln. Auf den neuen Generalstaatsanwalt M. Salichow, der die Entwaffnung der Mafia-Strukturen verlangt hatte, wurde ein Attentat verübt. Möglicherweise wurde das mißlungene Attentat aber auch von Vertretern der Volksfront begangen. Salichow hatte nämlich auch die Volksfrontgruppen in einigen Bezirken aufgefordert, die Waffen sofort niederzulegen.

Den Grad der Gesetzlosigkeit in Tadschikistan zeigen folgende Fakten: Seit Beginn der bewaffneten Kämpfe wurden über 1.000 Bedienstete der Rechtsschutzorgane getötet und mehr

als 2.500 gezwungen, die Republik zu verlassen. Nach einem Bericht der Organisation "Amnesty International" gibt es in Tadschikistan Konzentrationslager für Regimegegner.

Ende Februar verschärfte sich wieder einmal die Lage an der tadschikisch-afghanischen Grenze. Einige Grenzposten am Pjandsch standen unter ständigem Artillerie- und Raketenbeschuß. Der "Rat des islamischen Widerstandes" in der Stadt Tulukan dementierte die Erklärung des Innenministeriums, die militanten Gruppen des islamischen Widerstandes hätten vom Territorium Afghanistans aus Einheiten der Regierungstruppen unter Beschuß genommen. Es kam zu einigen folgenschweren Zusammenstößen auch innerhalb der "Regierungstruppen", in denen regionale und interethnische Gegensätze auftauchten, so zwischen tadschikischen und usbekischen und zwischen unterschiedlichen usbekischen Mannschaftsteilen. In dieser Situation fiel Moskau nichts Besseres ein, als Drohungen an die Adresse Kabuls zu richten.

Hinter russischen Drohungen an die Adresse der afghanischen "Regierung" standen ernstzunehmende militärische Kräfte: die Zahl der Friedenstruppen betrug inzwischen 25.000 Mann. Den größten Teil der halbjährlich anfallenden Unterhaltskosten der Friedenstruppen von 65 Mrd. Rbl, nämlich 57 Mrd. Rbl, nahm Rußland auf sich.¹ Diesen Kräften standen in Tadschikistan folgende gegnerische Formationen gegenüber: der bewaffnete Untergrund in Duschanbe, schätzungsweise 4.500 Mann, im Gebiet von Kuljab rund 2.000 Mann, in Kurgan-Tjube 3.500 Mann, in Berg Badachschan 7.000, alle zusammengenommen kaum mehr als der halbe Bestand des Innenministeriums, das Anfang 1994 20.000 Mitarbeiter beschäftigte.

Rußland praktiziert in Tadschikistan eine sehr unwirksame "Politik". Das offizielle Duschanbe erwies sich als unwillig oder unfähig, Maßnahmen zur politischen Lösung des Konflikts zu ergreifen. Seit März 1994 verstärkte Moskau seine Bemühungen, die Regierung Rachmonow zu Verhandlungen mit der Opposition zu bewegen. Der Stellvertretende Außenminister Adamischin besuchte Teheran, um dort Kontakte mit den Führern des Islamischen Widerstandsrates sowie der DPT und "Rastochez" zu knüpfen. Die Seiten kamen überein, eine erste Verhandlungsrunde in Moskau durchzuführen. Die tadschikische Regierungsdelegation sollte vom Vizepremier M. Nazarschojew, der aus dem Pamirgebiet stammte, geleitet werden. Aber in der Nacht zum 11. März wurde Nazarschojew in seinem Haus erschossen. Dies lieferte den Gegnern einer Verständigung auf beiden Seiten den Vorwand, die Verhandlungen, die am 16. März beginnen sollten, platzen zu lassen. Ungeachtet dessen bemühte sich Moskau weiterhin, die gegnerischen Seiten doch noch an den

¹ Das usbekische Bataillon, das im Grenzgebiet der Pjandsch Grenztruppe stationiert war, zählte 350 Mann, das kirgisische Bataillon zählte 286 Mann und war auf dem Pamir untergebracht (es ist bezeichnend, daß die Genehmigung für seine Stationierung der schon erwähnte Mafia-Chef Lescha Gorbun gab), Kasachstan hatte es zum 1. März nicht geschafft, sein Bataillon zu senden.

Verhandlungstisch zu führen, weil zu diesem Zeitpunkt allen Beteiligten klar geworden sein mußte, daß es keine militärische Lösung für das tadschikische Problem gibt.

Am 14. März traf sich Außenminister Kosyrew nach Gesprächen mit seinen Amtskollegen aus den mittelasiatischen GUS-Ländern mit der Führung Tadschikistans. Danach machte er gegenüber Journalisten vage Anmerkungen über "intensive Gespräche" und einen offenen Dialog mit allen politischen Kräften. Es sei aber noch zu früh, um über Ergebnisse zu sprechen. Die Äußerungen gaben zu erkennen, daß Kosyrew bei den Verhandlungen mit Duschambe auf Widerstand gestoßen war. Rachmonow erklärte denn auch ganz offen, daß Verhandlungen unerwünscht und die Oppositionsführer "Verbrecher" seien. Auch unter den russischen Militärs gab es Gegner der Verhandlungen mit der Opposition.

Die russische Armee organisierte lieber einer "Demonstration ihrer Stärke" und führte vom 24.-26. März in der Nähe des Naturschutzgebiets "Tigerschlucht" am rechten Ufer des Pjandsch eine militärische Übung mit den GUS-Truppen durch. Nach Aussage der Manöverleitung, d.h. des Oberkommandierenden der GUS-Truppen in Tadschikistan Pjankow - die Oberaufsicht lag beim russischen Verteidigungsminister Gratschow -, nahmen an der Übung Truppen Rußlands, Tadschikistans und Usbekistans teil. Es war die erste Gesamtübung der GUS-Staaten im Rahmen des 1992 in Taschkent abgeschlossenen kollektiven Sicherheitspakts. Die Übung wurde mit verstärkten Spannungen an der tadschikisch-afghanischen Grenze begründet. Gleichzeitig beeinflusste der Besuch Gratschows die Führung der Republik insofern, als dieser vor Journalisten andeutete, daß die Lösung des tadschikischen Problems nur durch politische Verhandlungen zu erreichen sei.

Als neuer Leiter der tadschikischen Delegation bei den Verhandlungen in Moskau wurde Arbeitsminister Schukur Sukurow, ein Mann aus Karategin, nominiert. Am 5. April fanden in Moskau endlich die Verhandlungen zwischen den Delegationen der Republik Tadschikistan und der Opposition statt. An ihnen nahm auch der persönliche Vertreter des UN-Generalsekretärs in Tadschikistan, Ramiro Perez-Ballon, teil. Die Delegation der Oppositionskräfte wurde vom Vorsitzenden des Koordinationszentrums der demokratischen Kräfte Tadschikistans, dem ehemaligen Vizepremier und Journalisten Otachon Latifi, angeführt. Die Verhandlungen fanden hinter geschlossenen Türen statt. Erst nach einer Woche stand die Tagesordnung fest, die rund 30 Fragen enthielt. Im Laufe der Verhandlungen wurde bekanntgegeben, daß die internationale Gemeinschaft bereit sei, Tadschikistan Wirtschaftshilfe in Höhe von 37,8 Mio. Dollar zu gewähren. Am 12. April verkündete Rußland seine Entscheidung, Tadschikistan einen neuen Kredit in Höhe von 80 Mrd. Rbl zu gewähren und den Bau des Wasserkraftwerks von Rogun weiterzuführen.

Unmittelbar nach Beendigung der ersten Verhandlungsrunde veröffentlichte die Regierung ei-

nen Entwurf der neuen Verfassung Tadschikistans. Dabei waren bei den Verhandlungen beide Seiten übereingekommen, die neue Verfassung solange zurückzustellen, bis eine politische Konfliktregelung in Tadschikistan die Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte am Verfassungsprozeß ermöglichen würde. Folglich sah die Opposition in diesem Schritt einen eklatanten Bruch der Vereinbarungen.

Zwischen Mai und Oktober 1994 - der Oktober ist hier als Endpunkt des Berichtszeitraums gesetzt - entwickelte sich die Situation in Tadschikistan in zwei Hauptrichtungen: eine militärisch-politische und eine sozial-ökonomische. Insgesamt war die Situation in diesem Zeitraum äußerst angespannt. Die Presse berichtete von militanten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Kategorien lokaler Führer, mehrheitlich zwischen ehemaligen Kommandeuren der Volksfront-Abteilungen, von Mordanschlägen auf Journalisten, Militärdienstleistende und Oppositionsvertreter. In einem Bericht von "Helsinki Watch" vom April 1994 heißt es, "die hiesigen Behörden wissen nicht nur um die Anschläge (auf Oppositionsvertreter, W.B.) und deren grausame Behandlung durch die Ermittlungsorgane, sondern sie tragen die direkte Verantwortung dafür".¹

Beobachter konstatierten die völlige Zerrüttung der Wirtschaft Tadschikistans, was von der offiziellen Führung auch durchaus anerkannt wurde, und darüber hinaus die Tatsache, daß ein einheitliches Tadschikistan nicht mehr existiere. "Die Republik ist in halbfeudalistische Zwergstaaten mit ihren eigenen regionalen Armeen und Führern zersplittert."²

Laut Aussage eines Mitarbeiters der russischen Botschaft in Duschanbe sind seit 1989 zwischen 365.000 und 368.000 Menschen aus Tadschikistan ausgewandert oder geflohen. Von der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe sollen weniger als 100.000 Personen übriggeblieben sein, von denen 80% in der vom Kampfgeschehen verschonten Nordprovinz Leninabad leben. Sie alle wollen aber nach Rußland auswandern. Im Bürgerkrieg sollen über 300.000 Menschen umgekommen oder verschwunden sein.³

Am 18. Juni begann in Teheran die zweite Verhandlungsrunde zwischen den Delegationen der Regierung und der Opposition. Nach neuntägigen Diskussionen um die Hauptfrage eines Waffenstillstandes konnte ein entsprechendes Abkommen nicht unterzeichnet werden, weil die Regierungsdelegation einigen Bedingungen nicht zustimmte, die von der Opposition aufgestellt worden waren, darunter der Bedingung, alle politischen Gefangenen zu entlassen. Nach der Darstellung der Opposition wollte die Regierung mit ihrer Verhandlungsstrategie

¹ Prava èeloveka v Tadžikistane. Posle sobytij graždanskoj voyny 1992 g., M. 1994, S. II; Ekspress-chronika, 18/1994 (6. Mai 1994); Nezavisimaja gazeta, 24 u. 26.5., 8.6.1994; Moskovskij komsomelec, 19.6.1994 u.a.

² Nezavisimaja gazeta, 16.6.1994.

³ Izvestija, 26.4.1994; Ekspress-chronika, 18/1994.

Zeit für die Durchführung eines Referendums über die neue Verfassung und Präsidentenwahlen gewinnen. In einer Erklärung vom 15. August gab die Opposition dem Außenministerium Rußlands die Schuld am Scheitern der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens.¹

Am 20. Juli verabschiedete der Oberste Sowjet Tadschikistans die Resolution über die gleichzeitige Durchführung eines Verfassungsreferendums und der Präsidentschaftswahlen. Der erstmals veröffentlichte Verfassungstext enthielt eine sehr negative Bewertung des Koordinationsrats der nationalen Gemeinschaften Tadschikistans.²

Die Opposition, die keine politischen Erfolge bei den Verhandlungen erzielt hatte, entfaltete nun in breitem Maßstab militärische Aktionen in Tadschikistan. Ihre Truppen eroberten das Tal von Tavildara, Darvaz und einige Bezirke Karategins und in der Region des Pjandsch. Nach einer Reihe militärischer Niederlagen und schwerer Verluste an Soldaten und Kriegsmaterial sah sich die Regierung gezwungen, eine Delegation nach Teheran zu entsenden, um in die von der Opposition gestellten Waffenstillstandsbedingungen einzuwilligen. So wurde schließlich ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.³

In der Republik wurde nun ein Wahlkampf geführt, der vom Druck auf die Bevölkerung und auf politische Gegner und von Gewaltandrohungen begleitet war. Nach Chudschand wurde eine Abteilung von Kämpfern aus Kuljab in einer Stärke von 300 Mann unter der Führung des Innenministers Salimow, eines ehemaligen Schutzgelderpressers aus Duschanbe, geschickt; die Chefs der Lokalverwaltungen in einigen Städten und Siedlungen wurden durch Gefolgsleute Rachmonows ersetzt; gegen den Hauptkonkurrenten Rachmonows, den ehemaligen Ministerpräsidenten Abdullodshanow, wurde eine Verleumdungskampagne gestartet, ebenso eine Kampagne zur Einschüchterung der Bevölkerung durch bewaffnete Gruppen mit dem Ziel, Wählerstimmen für Rachmonow sicherzustellen. In der Hauptstadt wurden solche Einschüchterungsaktionen anhand von Einwohnerlisten durchgeführt.

Aus der vereinigten Opposition trat die DPT aus, was offenbar mit der Bestrebung ihrer Führung zusammenhing, einseitige Vorteile aus dem Verhandlungsprozeß mit dem offiziellen Duschanbe zu schlagen. E.Rachmonow wollte Punkte gewinnen, indem er auf nationalistische Rhetorik setzte - im Gegensatz zu seinem Konkurrenten Abdullodshanow, der ständig auf seine Freundschaft mit dem usbekischen Präsidenten Islam Karimow verwies, was in Tadschikistan nicht gerade populär war. Die Kämpfe im Süden rissen trotz der Waffenstillstandsvereinbarung nicht ab. An ihnen waren MiG-Flugzeuge aus Usbekistan beteiligt, die nicht nur den

¹ Nezavisimaja gazeta, 17.8.1994.

² Ebenda, 22.7.1994.

³ Ebenda, 15., 24.9.1994; Izvestija, 17.9.1994 u.a.

Bezirk von Kalaichumb in Darvaz, sondern auch einige Bezirke Badachschan bombardierten.⁴

Ausblick

Die Art und Weise, wie in Tadschikistan im Herbst 1994 die Präsidentenwahlen vorbereitet wurden, zeigte, daß von der Wahl eine Lösung der politischen Probleme des Landes nicht zu erwarten war, sondern im Gegenteil die Verhärtung der Konfrontation. Das Wahlgesetz stellte Bedingungen für die Aufstellung der Kandidaten, die es maßgebenden politischen Kräften und Konfliktparteien in Tadschikistan unmöglich machten, eine Nominierung ihrer Kandidaten zu erreichen. Schließlich blieb als einziger Gegenkandidat zu dem regierenden Staatsoberhaupt Rahmonow der ehemalige Ministerpräsident und spätere Botschafter Tadschikistans in Moskau Abdullodschanow. Die Auseinandersetzung verlief innerhalb des Regierungslagers zwischen den Machtprovinzen Leninabad und Kuljab, die traditionell unterprivilegierten Landesteile wie das Garm-Tal und Badachschan waren bei diesen Wahlen nicht vertreten.

Die Wahlen und das Referendum über die Annahme einer neuen Verfassung brachten das Land der Erfüllung seiner wichtigsten Aufgabe, der nationalen Versöhnung und Integration, keinen Schritt näher.

⁴ Persönliche Mitteilung des stellvertretenden Vorsitzenden der DPT Imomow.

Walentin Buschkow

Political Developments in Post-Soviet Central Asia: The Power Struggle in Tajikistan 1989-1994

Bericht des BIOst Nr. 4/1995

Summary

Introductory Remarks

The civil war in Tajikistan has claimed more victims than any other of the armed disputes that have taken place on the territory of the CIS and, because of its points of contact with the hostilities in Afghanistan and of the already rampant disintegration of Tajikistan, is threatening to de-stabilize the entire Central Asian region. The conflict developed under conditions that are specific to that country and are not readily amenable to appreciation on the basis of a European understanding of politics. This applies, in particular, to the pronounced fragmentation of traditional Tajik society into local and regional factions. Stereotypical epithets given to the conflict by the Western media, which see it, for example, as an "ideological struggle" between "ex-communists" and "Islamists", reveal the futility of attempts from the outside to assess developments in Tajikistan. In an earlier BIOst Report, Walentin Buschkow, an expert on Tajikistan at the Academy Institute of Anthropology and Ethnology in Moscow with numerous articles to his name, discussed the socio-cultural conditions behind the crisis in Tajikistan. In the present Report he traces the evolution of the power struggles within Tajikistan from 1991 to October 1994. If the first Report was geared towards an analysis of the social and cultural structures within Tajikistan, the present Report concentrates on the domestic power struggle, on identifying the various periods in the development of the conflict, and on tracing the course of events, which the author reconstructs from Russian media sources and his own personal knowledge of the country.

Findings

- 1. The civil war in Tajikistan broke out in 1992 and was officially declared settled after the government under the new head of state Imomali Rakhmonov was established in the autumn of 1992. In reality, however, the hostilities between the government and the armed opposition forces continue to this day. The complex of ongoing conflicts is*

characterized by the following features: an armed, according to the regime "irreconcilable", opposition being combatted by a "legitimate" government which enjoys political and military support from the CIS, in particular from Russia and Uzbekistan; an embittered power struggle behind the scenes in the government camp, manifesting itself in the rivalry between clan formations from the northern Khojand part of the country and the southern Kulyab region; the collapse of and the spread of criminal practices throughout the economy; and shifting ethnic population structures in Tajikistan due to migration and refugee movements, in particular the emigration of the Russian section of the population and the expulsion and the flight of Tajiks from certain regions that allegedly have links with the opposition into Afghanistan, Russia and the neighbouring Central Asian Republics.

- 2. The first phase in the evolution of the conflict coincides with Tajikistan's transition to "independent statehood" (1990-91). In this phase, a legislature geared towards the sovereignty of the Republic, as manifested for instance in a Language Law, emerged on the side of the government, while on the opposition side a spectrum of informal movements and "parties" took shape which was directed against the ruling bureaucracy and encompassed a variety of "ideological" segments: the Democratic Party of Tajikistan (DPT) offering a conglomeration of diverse "democratic" solutions along Western lines; the "Rastokhez" (rebirth) movement, which concentrates on the so-called national renaissance; a republic-wide organisation of the Islamic Renaissance Party; and a plethora of locally based clubs and organisations. This motley opposition with the three cited major aggrupations is denoted in the civil war phase by the catch-all title of "Demo-Islamists". The period up to the summer of 1991 comprises essentially the following developments: the emergence of social movements both of a secular and of a religious nature and the formation of an active opposition against the "communist" leadership; the attempts by that leadership to combat this challenge and at the same time to build a sovereign Tajik state in which the old power elite retains its commanding position.*
- 3. The second phase is that of the so-called "Tajik revolution", the initial, as yet relatively peaceful stage of which stretches from September 1991 to mid-May 1992. Joint demonstrations by the "democratic" and the "Islamic" forces in Dushanbe lead to the overthrow of CP leader Mahkamov and the restoration of Rakhmon Nabiyev, deposed in 1985, as the top man in the Republic's leadership. An initial agreement between the opposition and Nabiyev, elected president on 2nd December 1991, soon gives way to intensified confrontation between the government and the opposition camps. Within the government itself, the splits between local factions that are typical of Tajikistan*

again become apparent when the Chairman of the National Assembly, Kendzhayev, reprimands the Minister of the Interior, who originates from the Pamir region, in an offensive tone which heightens the opposition of the Pamir peoples and the Tajiks from the Pamir region of Karategin. In Dushanbe hostile demonstration camps face up to each other: the "democratic-Islamic bloc" demonstrates on Shokhidon Square (formerly Lenin Square), while government-friendly forces gather on Otsodi Square, called together by a "Committee for the Protection of Constitutional Order". The conflict is further aggravated by aspirations to autonomy on the part of Gorno-Badakhshan (the autonomous region in the eastern half of Tajikistan with its extremely low population density and underdeveloped infrastructure elevated its political status in April 1992 to that of an Autonomous Republic). The power struggle between Nabiyeu and the opposition rotates around calls for Kendzhayev's resignation. These give rise to growing militarization on all sides, especially in the southern provinces of Kulyab and Kurgan-T'ube. To defuse the situation, a "Government of National Reconciliation" is formed, including members of the opposition. However, this coalition of the old government and opposition forces proves incapable of bringing about any "national reconciliation". Instead, its period of office coincides with the civil war phase proper.

4. The bloodiest stage in the evolution of the conflict comprises the summer and autumn of 1992, ending on December 10 with the storming of the capital by a "pro-communist" People's Front from Kulyab. It is marked by ferocious combat especially in the south of the country, a power crisis at the centre, and finally the take-over of power by the forces from Kulyab and the ejection of the old Leninabad ruling elite from the central positions of power. At the same time, the spectre of the territorial disintegration of Tajikistan looms larger as the northern province of Leninabad refuses to accept the participation of the opposition in the government and threatens with secession.
5. The period after December 1992 and the establishment of the new government under Imomali Rakhmonov as head of state is officially seen by Dushanbe as a phase of reconstruction following the end of the civil war. In reality, the combat goes on in various parts of the country. The regime proves to be unable and unwilling to endeavour to settle its differences with the opposition politically and not just militarily. In 1993/94, largely amorphous power struggles materialize along various conflict axes. The conflict between the government and the armed opposition - or, in regional terms, between Dushanbe and certain parts of the country such as Garm, Badakhshan and other parts of the Pamir region - overlaps with local conflict patterns within the ruling

elite, especially with the rivalry between Kulyab and Islamabad.